

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Dienstag,
11. Februar 1879.

Inserate

hab an die Expedition zu
Leipzig zu senden.

Insertionsgebühr

bis die Spaltenzahl zu
unterliegen ist.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Telegraphische Depeschen.

* Oberslau, 8. Febr. Nach amtlicherzählung hat bei der am Dienstag hier stattgehabten Reichstagswahl, die eine eugere Wahl notwendig macht, der Kandidat der Fortschrittspartei, Justizrat Freund, 6584, der Kandidat der Sozialisten, Krämer, 5184 Stimmen erhalten.

* München, 8. Febr. nachmittags. II. Kammer: Der Gesetzentwurf über die Bewilligung eines Credits von 28 Mill. M. wurde nach den Anträgen des Ausschusses mit 185 gegen 9 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag auf Beschleunigung der Abfertigung der Einnahmen an die Centralstelle. Hierauf wurde in längerer Debatte über den Antrag Ropp bezüglich einer Herabminderung der Militärlast berathen. Im Laufe derselben erklärte der Kriegsminister, daß er dem Antrage in Bezug auf seinen Erfolg keine wesentliche Bedeutung beimessen könne. Im übrigen sönne er nicht genug vor einer Unterschätzung der Gegner, wie man sie vor dem letzten Kriege erlebt habe, warnen. Eine solche Unterschätzung würde der erste Schritt zur Niederlage sein. Man solle glücklich sein, wenn für das Jahr 1881 nicht eine Erhöhung der Militärlast postulirt werde. Der Antrag Ropp wurde von der patriotischen Partei angenommen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

* Karlsruhe, 8. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte der Minister v. Stark in Beantwortung einer bezüglichen Interpellation des Abg. v. Rabenau, daß der preußischen Regierung kein Oberaufsichtsrecht zustehe, durch welches Baden und Hessen zu einem Beitrag zu den Kosten des frankfurter Centralbahnhofes gezwungen werden könnten.

* Wien, 9. Febr. nachmittags. Die Montags-Rede schreibt, sie glaube nicht zu irren, wenn sie annahme, daß eine offizielle Mitteilung des Prager Friedens auch von österreichischer Seite an die dänische Regierung nie erfolgt sei. Art. 5 des Prager Friedens sei der letzte, nicht dünkt, aber doch unausgelläufig Punkt in dem Verhältnisse Österreich-Ungarns zu Deutschland gewesen. Eine Klärung herbeizuführen, den Kriegspunkt möglicher Differenzen zu beseitigen, dem Vertrauen der Gegenwart auch das Vertrauen in die Zukunft hinzuzufügen, sei ein Gebot der Staatskunst, wie ein Gebot der sozialen Auffassung der Beziehungen beider Staaten zueinander gewesen. Wenn für Deutschland der materielle Werth des Erreichten auch ein größerer sein möge, so sei für Österreich-Ungarn der ideale Werth gleichfalls ein nicht unerheblicher. Der Freundschaftsbund zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sei nicht von Individuen und von der wechselnden Strömung der Tagesmeinung abhängig; er ruhe vielmehr auf der gesetzten Basis klarer staatsrechtlicher Beziehungen, gegenseitigen Volksvertrauens und realer dauernder Interessen beider Staaten.

* Budapest, 8. Febr. abends. Das Abgeordnetenhaus hat heute den Unabhängigkeitstypus in der Specialdebatte unverändert angenommen.

* Rom, 8. Febr. Die Opinione schreibt, indem die italienische Regierung dem rumänischen Gesandten erklärt habe, daß sie sich nicht von den übrigen Mächten trennen werde und bezeugt die Unabhängigkeit Rumäniens vor vollständiger Ausführung des Berliner Vertrages nicht anerkennen könne, habe dieselbe doch die Gelegenheit ergriffen, Rumänien ihre Sympathien auszusprechen und ihre legitimen Forderungen in der Frage der Abgrenzung der Dobrudscha gegen Silistra hin zu unterstützen.

* Rom, 8. Febr. Der italienische Gesandte Graf Masseri ist auf seinen Posten nach Athen zurückgekehrt. — Das Ministerium hat heute der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die der Gemeinde Florenz zu gewährende Entschädigung vorgelegt. Nach dem Gesetzentwurf soll der Gemeinde Florenz eine jährliche Rente von 2,900000 Lire unter der Bedingung zugestellt werden, daß dieselbe auf alle weiteren Entschädigungsansprüche verzichtet. — Die Gazzetta ufficiale veröffentlicht den bereits gemeldeten Erlass des Ministers des Innern vom 6. Febr. betreffend eine zwanzigjährige Quarantäne für alle Provenienzen aus den Häfen des Schwarzen und des Asowschen Meeres, sowie aus den türkischen, griechischen und montenegrinischen Häfen. Gleichzeitig ist angeordnet, daß auch die Provenienzen aus Ägypten, Tripolis und Tunis den Bestimmungen dieses Erlasses unterliegen.

* Madrid, 8. Febr. Die Regierung hat nunmehr auch für alle Provenienzen aus dem Regierenden Meer die Quarantäne angeordnet. Alle Kaufahrtschiffe und alle Reisenden haben sich in besondern Quarantäneanstalten während eines Zeitraumes von sieben Tagen der vorgeschriebenen Desinfektion zu unterziehen.

* Paris, 8. Febr. abends. Präsident Grévy empfing heute das diplomatische Corps und sprach dabei seine hohe Befriedigung über die ausgezeichneten Beziehungen aus, in denen Frankreich zu den auswärtigen Mächten steht; er könne die Sicherung hinzufügen, daß die Regierung der Republik alles ihr nur Mögliche thun werde, um jene Beziehungen zu verstetigen, und er bitte die Vertreter der fremden Mächte, ihren Regierungen seinen Dank zu übermitteln für die Bereitswilligkeit, mit welcher dieselben die Stellung ihrer Vertreter bei der Regierung der französischen Republik geregelt hätten.

* Liverpool, 7. Febr. abends. In einer heute Abend stattgehabten Versammlung von Mitgliedern der liberalen Partei hielt der Marquis v. Hartington eine längere Rede, in welcher er sich gegen die von Beginn der orientalischen Krise an von der Regierung befolgte Politik wendete. Der Redner führt aus, die Regierung hätte Rumänien, Serbien und

Griechenland, welche fähig seien, sich selbst zu regieren, in ihrer Weiterentwicklung ermutigen sollen, statt den Versuch zu machen, deren Fortentwicklung zu hemmen, wie die Regierung dies auf dem Congress gethan habe. Die Politik der Minister gegen diese Staaten sei wenig weise gewesen. Hartington ging sodann auf die Frage einer gewünschten Occupation Ostrumeliens über und sprach hierbei die Hoffnung aus, daß er niemals englische Truppen zu der schmachvollen und erniedrigenden Mission verendet sehen würde, einer Bevölkerung mit Gewalt eine verhafte Regierungsform aufzuzwingen. Er hoffe, daß die Vereinigung von Bulgarien und Ostrumeliens auf ebenso friedlichem Wege vollzogen werden würde, wie dies seinerzeit bei der Vereinigung der Moldau und Walachei der Fall gewesen sei.

* London, 8. Febr. Wie der Daily Telegraph aus Belati Ghillai vom 29. Jan. meldet, haben die britischen Truppen den Befehl erhalten, nach Candahar zurückzukehren.

* London, 9. Febr. früh. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Konstantinopel, die Ueberreinkunft Englands mit der Porte wegen lästiger Überlassung der auf Cypern befindlichen Staatsgüter sei zum Abschluß gelangt, ein großer Theil der Liegenschaften bleibe im Privatbesitz des Sultans.

* Petersburg, 9. Febr. Nach einem officiellen Telegramm aus Konstantinopel von gestern Abend ist der russisch-türkische Friedensvertrag unterschrieben.

* Konstantinopel, 8. Febr. nachts. Der russisch-türkische Friedensvertrag ist vom russischen Botschafter Fürsten Lobanow und vom türkischen Minister des Auswärtigen Karatheodor-Pascha heute Abend unterzeichnet worden. Die Russen beginnen bereits morgen mit der Räumung des türkischen Gebietes, die binnen 35 Tagen beendet sein soll. — Die Übergabe von Podgoriza an die Montenegriner ist noch hier vorliegenden Nachrichten gestern erfolgt; seitdem der Montenegriner wurden mehrere türkische Gebiete verloren.

* Wien, 9. Febr. morgens. Die durch den Fürsten Lobanow und Karatheodor-Pascha gestern Abend erfolgte Unterzeichnung des russisch-türkischen Friedensvertrages wird durch aus Konstantinopel hier eingegangene Nachrichten bestätigt.

* Petersburg, 9. Febr. Unmittelbar nach der gestrigen Unterzeichnung des russisch-türkischen Friedens ist die Bekündigung davon an die russischen Truppenkommandeure ergangen. Die Rückkehr der Truppen geht sofort vor sich. Bezugliche Bestimmungen sind bereits früher getroffen worden. Die Ratification wird unverzüglich nach Eingang des Friedensinstrumentes erfolgen.

* Wien, 9. Febr. abends. Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopol: "Die Frage des Kostenersatzes für die türkischen Kriegs-

Ein deutsches Künstlerhaus in Rom.

In dem diesjährigen Etat für das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches wird unter anderem auch der Kauf eines Gebäudes in Rom beantragt, welches dazu bestimmt sein soll, als eine Art von Künstlerheimat für deutsche Künstler, die ihren Studien in Rom obliegen, zu dienen.

In der darauf bezüglichen Denkschrift wird dieser Antrag folgendermaßen motiviert:

"Es ist ein lange gehegter Wunsch der deutschen Künstlerschaft in Rom, einen dauernden Mittelpunkt für die Studien und das Vertheilen der deutschen Künstler zu gewinnen. Behnss' Verwirklichung dieses Wunsches stand der Reichsregierung in den letzten Jahren mehrfache Vorschläge unterbreitet worden, welche in mehr oder weniger ausgedehnten Grenzen auf die Unterstützung aus den Mitteln des Reiches begründet sind. Vorher der Prüfung näher getreten wurde, erschien es angezeigt, an competentester Stelle gutachtlische Beurtheilungen über das Bedürfnig und die Möglichkeit der gewölkten Einrichtung einzuholen. Die demgemäß von den Vorständen der deutschen Kunstabteilung sowie von einzelnen Autoritäten unter der Künstlerschaft und den Kunstsverständigen erstatteten Gutachten sprachen sich im wesentlichen fast übereinstimmend darin aus, daß die Errichtung eines Instituts in Rom, welches als Künstlerheimat dienen könne, für die geistige Entwicklung der vaterländischen Kunst von hoher Bedeutung sei und mehr und mehr sich als beständiges Bedürfnis heranstelle. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde die Unterstützung des Reiches leb-

haft erbeten und befürwortet, namentlich auch unter dem Hinweis auf die von andern Nationen in Rom für ihre Künstlerschaft begründeten Einrichtungen.

Auch seitens derjenigen Bundesregierungen, welche den Kunstsinteressen eine besondere Fürsorge zuwenden, erfolgte auf die von der Reichsregierung ergangene Bitte um gutachtlische Beurtheilung zur vorliegenden Frage eine sachliche, fast durchgängig günstige Beurtheilung des in Rede stehenden Projects, wenn auch von einzelner Seite einige formelle Bedenken bezüglich des aus Reichsmitteln zu bewirkenden Realisierung derselben gestellt gemacht wurden. Aus der eingehenden Erörterung dieser Angelegenheit, welche nunmehr auf Grund des gewonnenen reichlichen Materials erfolgen konnte, ergaben sich die nachstehenden Schlussfolgerungen, welche für die weitere Behandlung der Angelegenheit als Grundlage angenommen wurden.

Zuvörderst handelte es sich um die Entscheidung der formellen Frage, inwieweit das Reich mit seiner Unterstützung die gewünschte Einrichtung zu schaffen berufen sein könne. Wenn verfassungsmäßig die Pflege der Kunstsinteressen nicht in die dem Reiche obliegenden Aufgaben einbezogen ist, so stellten sich doch im gegenwärtigen Falle gewichtige Gründe dar, eine Ausnahme (wie deren schon ferner in analogen Fällen vorgenommen) einzutreten zu lassen. Vor allem kam in Betracht die hohe Bedeutung, welche der Aufenthalt und das Studium in Rom für die Entwicklung unserer ganzen nationalen Kunst besitzt und immer besitzen wird. Wie schätzbar und maßgebend auch der Besuch anderer Kunstsäthen für diesen oder jenen einzelnen Zweig der bildenden Künste sein mag, so wird doch

durch nichts der unvergleichliche Einfluß aufgewogen, welchen jene Stadt durch ihre Kunstsäthen und die daran sich ansiedelnden geschäftlichen Ueberlieferungen, ihre wunderbare natürliche Configuration und das seit Jahrhunderten dort entwickelte Kunstleben auf die Bildung des Künstlers ausübt. Diesen Einfluß zu erhalten, den Aufenthalt unserer Künstler in Rom so fruchtbringend wie möglich zu machen und die bestehende Rückwirkung der römischen Studien auf das künstlerische Schaffen der Künstlerschaft in der Heimat zu stärken, ist ein allgemein nationales Interesse. Nicht ohne ernste Besorgnisse wird daher die Wirkung betrachtet werden können, welche die in den letzten Jahren eingetretene tiefgreifenden Veränderungen aller Lebensverhältnisse Romos auf das Kunstleben und die Stellung der deutschen Künstler insbesondere gebracht haben und fernerhin in gesteigerten Maße zu über drohen. Der große Mangel an Ateliers, die Unzulänglichkeit des Verkehrs zwischen den Künstlern und dem Fremdenpublikum, die Schwierigkeit, die neu geschaffenen Kunstuwerke dem Publikum vorzuführen, die mehr und mehr eintretende Vereinzlung der Künstler, namentlich der jüngeren Kunstgenossen bei ihrem Eintritt in das künstlerische Leben, endlich der, gerade auch für die jüngere Rasse sehr empfindliche Nachteil, nur mit vieler Mühs und Zeitverlust erlangen zu können: alle diese Momente üben auf die deutsche Künstlerschaft eine niederschlagende Wirkung und beeinträchtigen ein frisches und kräftiges Schaffen. Das deutsche Kunstleben ist durch einer doppelten Gefahr ausgeetzt, sei es, daß der Aufenthalt in Rom durch die Kostspieligkeit und

gefangen ist dahin entschieden worden, daß die Pforte die bis zur Unterzeichnung des Berliner Vertrages erwachsenen Erhaltungskosten vergütet, daß aber hier von ein entsprechender Betrag für die von den Gefangenen in Russland geleisteten Arbeiten abgezogen wird. Die Frist für die Ratification des definitiven Friedensvertrages ist auf 14 Tage festgesetzt. — In amtlichen Kreisen wird entschieden bestritten, daß es sich bei den in der Nähe von Xanthi vorkommenden Krankheitssällen um die Pest handle, es sei positiv, daß dort lediglich der Flecktyphus ausgebreitet sei.

* Petersburg, 8. Febr. vormittags. In dem bereits gemeldeten offiziellen Telegramm aus Astrachan vom 7. Febr., in welchem der Gouverneur angezeigt, daß seit dem 6. Febr. in dem Gouvernement Astrachan kein an der Epidemie Erkrankter mehr vorhanden sei, wird besonders hervorgehoben, daß die Aerzte und Polizeibeamten fortfahren, ihre Thätigkeit auf die Desinfektion aller verdächtigen Gegenstände und die Durchführung der sanitäts- und polizeilichen Maßregeln zu konzentrieren. Die Wohnungen, in welchen sich an der Epidemie verstorbene oder erkrankte Personen befunden hätten, würden zum zweiten male desinfiziert, alle verdächtigen Kleidungsstücke würden verbrannt, gleichzeitig werde zur Einrichtung von besondern Friedhöfen geschritten. Die hygienischen Punkte würden mit Medicamenten und Desinfektionsmitteln versehen, und sei durch die ergriffenen Maßregeln die Möglichkeit der Localisierung der Epidemie vollständig gesichert.

* Petersburg, 9. Febr. Offizielles Telegramm aus Astrachan von gestern: In Wessjanka und Umgegend kein Kranke. Aus dem Flecken Nikolajewsk, District Tsarewo, Gouvernement Saratow, 600 Werst von Astrachan, wird ein Krankheitsfall gemeldet, der zweifelhaft erscheint, der Gouverneur erwartet näheren Bericht von den Aerzten. Im Dorfe Seltzenn und innerhalb des Quarantänerayons sind einige neue Fälle der Epidemie vorgekommen, die tödlich verließen. Der Gouverneur hat sich sofort an Ort und Stelle begeben. Neun Grad Kälte.

* Petersburg, 9. Febr. nachmittags. Der Generalgouverneur Graf Loris-Melikow ist, wie aus Barizin telegraphisch gemeldet wird, heute Vormittag 10 Uhr mit seinem Gefolge in Barizin eingetroffen und dafelbst von den Behörden und einer sehr großen Volksmenge begrüßt worden. Zur Verstärkung des Sanitätskorrons treffen fortwährend Truppen in und um Barizin ein. Aus verschiedenen Theilen des Reiches, namentlich aus Moskau gehen große Sendungen von Lebensmittel und Medicamenten ein, die für das Gouvernement Astrachan bestimmt sind. Die Kälte hat in Barizin seit etwa zwei Tagen wesentlich nachgelassen.

* Bukarest, 7. Febr. Man glaubt in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß auch Russland seinerseits in der Frage der Grenzregulirung zwischen der Dobrudscha und Bulgarien einen Schiedsspruch der Mächte als maßgebend anerkennen werde.

* Konstantinopel, 7. Febr. Wie aus Regierungskreisen verlautet, scheint die Pforte in den Gegenorschlägen, die sie den ihr unterbreiteten finanziellen Projecten gegenüber gemacht hat, nicht abgeneigt, eine auswärtige Kontrolle der Zollverwaltung zuzugestehen, welche so eingerichtet werden könnte, daß den bei den Finanzoperationen beteiligten Interessen alle

wünschenswerthen Garantien gewährt würden. Die in Rede stehenden Finanzplane haben die Beliebtheit des osmanischen Reiches zur Basis, und bezeichnen ausschließlich die Zurückziehung des Papiergeldes und ein Arrangement mit den Inhabern türkischer Fonds.

* Konstantinopel, 8. Febr. Infolge von Reklamationen einiger Mächte, darunter Italiens, hat die Pforte über das von französischen Kapitalisten durch den Marquis v. Tocqueville gemachte Finanzprojekt und über die bedingungsweise Überlassung einzelner Revenuen ihren auswärtigen Vertretern Aufklärungen zugehen lassen. Nach dem bezüglichen Vertragstexte wird die Pforte mit den Inhabern türkischer Schuldtitel direkt verhandeln.

* Washington, 8. Febr. Vor der Commission zur Untersuchung der bei der letzten Präsidentenwahl vorgetretenen Wahlfälschungen wurde heute Tilden vernommen. Derselbe stellte auf das bestimmtste in Abrede, daß er von der Einleitung von Verhandlungen zum Zweck der Bestechung der Wahlcomites in Florida und Südkarolina Kenntnis gehabt, oder daß er solche Verhandlungen gearwohnt habe.

* Washington, 9. Febr. Die Repräsentantenkammer hat die Bill betreffend die Armeeorganisation angenommen. In derselben wird das Zusammenziehen von Truppen in den Wahlplätzen an den Wahltagen für unzulässig erklärt. — Die Einfuhr von Vieh aus Canada nach den Vereinigten Staaten ist auf drei Monate, vom 6. Febr. ab gerechnet, verboten.

Leipzig, 9. Februar.

Die Nachrichten über die Pest lauteten auch in der vergangenen Woche beruhigender. Die russische Regierung hat zu den energischsten Mitteln gegriffen, um den Pestherd auszutilgen, z. B. zur Niederbrennung der infizierten Dörfer im Gouvernement Astrachan unter Schadloshaltung der Bewohner. Gerüchte über Krankheitsercheinungen an andern, uns näheren Punkten, die mit der Pest Aehnlichkeit haben sollten, haben sich glücklicherweise nicht bestätigt, sind vielmehr als grundlos widerlegt worden. Die Mitglieder der von Deutschland mit Österreich gemeinsam niedergelegten Commission zur Beobachtung der Pest an Ort und Stelle, aus Sachverständigen von anerkannter Autorität bestehend, sind von Berlin abgereist. An den Grenzen Deutschlands, Österreichs, auch Rumäniens gegen Russland sind die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Der russisch-türkische Friede ist nun wirklich endgültig abgeschlossen. Über den Inhalt desselben liegt indeß noch nichts Authentisches vor.

Am 9. Febr. sollte die Räumung alles noch von russischen Truppen besetzten türkischen Gebietes beginnen und dieselbe sollte binnen 35 Tagen vollendet sein.

Am 8. Febr. hat nun auch endlich die Übergabe der Festung Podgorica an die montenegrinischen Behörden stattgefunden.

Die Verhandlungen der Pforte mit Griechenland scheinen, einer Erklärung der italienischen Regierung in der Kammer zufolge, einen erfolgverheißenden Fortgang zu haben. Betreffs der etwas gespannten Beziehungen Russlands zu Rumäniens wird gemeldet, daß Russland allerdings gegen die rumänische Seite vollzogene Besetzung des Fort Araktabia in der Dobrudscha protestiert, weiter jedoch zur Zeit nichts gethan

habe. Rumäniens seinerseits sei entschlossen, in dieser Frage sich lediglich einem Aussprache Europas zu unterwerfen. Ob es wahr ist, daß die Mehrzahl der Mächte sich bereits zu Gunsten Rumäniens ausgesprochen, bedarf der Bestätigung.

Das Gericht von einem englischerseits beabsichtigten Verkaufe der Insel Helgoland an Deutschland ist, bevor es noch recht Verbreitung gewonnen, von der Morning Post als das bezeichnet worden, was es von Haus aus war: eine leere Erfüllung.

In der italienischen Abgeordnetenkammer fand eine Debatte über die auswärtige Politik der Regierung, insbesondere über die Folgen des Berliner Vertrages für Italien statt. Die Erklärungen, welche das Ministerium Cairoli theils über sein Verhalten bei den Verhandlungen in Berlin, theils über die Wirkungen des Berliner Friedens für Italien gab, befriedigten die Kammer, sodass die von mehreren Seiten gestellten Tagesordnungen, welche mehr oder weniger gewisse Vorhalte gegenüber der ministeriellen Politik aussprechen wollten, sämtlich zurückgezogen wurden.

Die Neubildung des Cabinets im diesjährigen Österreich ist noch immer nicht vollendet; doch wird allgemein angenommen, daß sie dem Grafen Taaffe, der damit betraut ist, gelingen werde. Wir theilten bereits die Stimmen der großen wiener Blätter mit, welche das Ministerium Taaffe als ein „Übergangsministerium“ betrachten, dessen Aufgabe es sein werde, an Stelle der bisherigen, bei den letzten großen Verhandlungen über die Occupation Bosniens in sich zerfallene Majorität im Reichsrath eine neue zu bilden, welche namentlich auch mit der auswärtigen Politik des Grafen Andrássy festerer Fühlung habe als jene.

In Frankreich hat die Erziehung des greisen Dufaure (der sich nicht zum Bleiben bewegen ließ) in der Präsidentschaft des Cabinets durch Waddington, den Minister des Auswärtigen, alle besonnenen Freunde der Republik befriedigt. Die sonstigen Wechsel im Ministerium sind infolfern bedeutungsvoll, als man von dem neuen Minister des öffentlichen Unterrichts, Jules Ferry, größere Energie als von seinem Vorgänger in Bekämpfung der Übergriffe des Clerus auf dieses Gebiet, von dem neuen Finanzminister Léon Say dagegen eine weniger ausgesprochene schyzöllnerische Richtung erwartet.

Die Postshafft, welche der neue Präsident Grévy an beide Kammern gerichtet, ist in beiden Körperschaften günstig aufgenommen worden, und ebenso, allen Berichten nach, im ganzen Lande. Sie berührt von den augenblicklich brennenden Fragen nur die Beamtenfrage, und auch diese in vorstichtiger Weise, beinahe ebenso, wie Dufaure es gethan. Die Stelle, worin das neue Oberhaupt der Republik sich rücksichtslos dem „nationalen Willen“ unterwirft, wie solcher „durch seine verfassungsmäßigen Organe (die Kammern) zum Ausdruck gelangt“, hat selbst bei einzelnen liberalen Presborganen in Deutschland Bedenken erregt.

Man fürchtet, ein Andrängen von links her, wie es Mac Mahon zum Rücktritt veranlaßte, könne ebenso bald auch Grévy wieder führen. Man wünschte für den Präsidenten der Republik größere Stabilität als für seine Minister. Darin liegt etwas Wahres, und beim Abschluß des Provisoriums, welches in nächstens Jahre endet, dürfte es gut sein, darüber etwas bestimmtes endgültig festzustellen. Inzwischen müssen wir dabei bleiben, daß die Gefahr für ein Land wie

Unerquidlichkeit des Arbeitens mehr und mehr unsern Künstlern verleidet wird, oder daß dieselben, da sie keine Ateliers sich schaffen können, unter Entwöhnung von ernster Arbeit im höhern Stil und ohne Uebung in größern Entwürfen sich mit kleinern Studien und der Malerei von Modellen oder Beduten begnügen. Für die bezeichneten Uebelstände Abhilfe zu schaffen, dürfte nicht Aufgabe der einzelnen Bundesregierungen sein, und selbst wenn von vereinzelter Seite auf Fürsorge Bedacht genommen würde, so käme dieselbe nur immer beschränkten Kreisen zugute und umfaße nicht die gesamte deutsche Künstlerschaft, auf deren Gedanken im ganzen das nationale Interesse gerichtet ist. Aus diesen Gründen erschien es gerechtfertigt, auf Unterstützung des Reiches Bedacht zu nehmen, um ein den Kunstudien und Kunstinteressen gewidmetes Institut in Rom zu begründen.

Der ins Auge gefaßte Plan beschränkte sich daher im wesentlichen darauf, aus Reichsmitteln für die deutsche Künstlerschaft ein eigenes, ausschließlich den Studien und Kunstinteressen gewidmetes Gebäude mittleren Umganges zu beschaffen. Dasselbe würde als bleibender Vereinigungspunkt zum regelmäßigen Austausche und Verkehr der Künstler untereinander und mit den Fremden zu dienen haben.

Als ganz besonders geeignet für diesen Zweck erscheint die gerade jetzt zum Verlaufe austehende Casa Bartholdy. In diesem auf dem Monte-Pincio gelegenen Gebäude befinden sich die Fresken, welche auf Anregung des Generalconsuls Bartholdy im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts von Cornelius, Overbeck, Veit und Schadow zur Geschichte des ägyptischen

Joseph ausgeführt wurden. Hervorgegangen aus dem echten deutschen Geiste innerlichster Vertiefung in die erhabenen Aufgaben der bildenden Künste und bis in die kleinsten Mittel der Technik eine wahrhaft geniale Neuentdeckung des hohen Stiles der Wandmalerei, mit der unsere nationale Kunst wieder in die Bahnen großen Schaffens geleitet wurde, bilden jene Gemälde inmitten der Kunstsäcke Roms ein bleibendes Denkmal dessen, was deutsche Kraft und deutscher Charakter für das Wiederaufleben der Kunst in unserm Zeitalter bahnbrechend gewirkt haben. Bei dem in Aussicht gestellten Verlaufe ist die Gefahr nahe gerückt, daß die Gemälde aufzuhören möchten, ein bleibendes Denkmal zu sein von dem, was deutsche Kraft und deutscher Charakter für das Wiederaufleben der Kunst in unserem Jahrhundert bahnbrechend gewirkt haben.

Es erscheint daher geradezu als eine Ehrensache für die Nation, wenn thunlich jene Schöpfungen jetzt nicht in fremde Hände fallen zu lassen. Und ebenso wie der Charakter dieser Kunstwerke als der Umstand, daß sie ihre dauernde Stätte in der Fremde behalten müssen, weist darauf hin, jetzt, da es noch Zeit und die Gelegenheit günstig, dieselben zu erwerben, um jene Schätze unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen und die Erhaltung sowie den Genuss derselben der deutschen Nation und insbesondere den deutschen Künstlern zum Vorbilde und lebendiger Anregung zu sichern.

Aus Bonn vom 6. Febr. wird berichtet: „Ein entsetzliches Unglück hat sich hier zugetragen, fünf Menschen sind diese Nacht verbrannt! Früh 11½ Uhr entzündete in unserer Stadt der Feuertruf. Auf der Oberstraße brannte

bas dem östlichen Zimmer gehörende Haus bei dem Eschenen der ersten Hälfte schon vollständig, sodass nur mit äußerster Mühe in den ersten Stock eingedrungen werden konnte, wo man leider den Besitzer des Hauses schon erstickt vorfand. Von den andern Bewohnern des gänzlich eingeschlossenen Hauses hat sich nur die Frau des Handelsmanns Hartmann durch einen Sprung aus dem Fenster gerettet und sind außer dem Besitzer noch dessen Frau und sein erwachsener Sohn sowie der Handelsmann Hartmann mit seiner elfjährigen Tochter Opfer der Flammen geworden.“

Aus Stuttgart schreibt man der Tribüne unter 3. Febr.: „Die Händler'sche Steueraffaire, welche ein so viel in den Zeitungen von sich reden machte und dann völlig verstimmt, ist jetzt nahezu spurlos geworden, und damit ist auch das Drama, welches zwischen den Verlegern des Vereinigten und einigen von dessen Familienangehörigen sowie Rathgebern der letzten spielte, seinem Abschluß nahe gerückt. Hier nach wird, wie man in eingeweihten Kreisen versichert, die circa 80000 M. belastende Nachlässigkeit des Romaniers mit einer Steuerstrafe von ungefähr 140000 M. belastet werden. Den Anstrengungen, diese Strafe abzuwenden, wirkte der Umstand entgegen, daß derlei Fälle sowohl in den höchsten Adels- wie in Bürgerfamilien zu häufig vorkommen, als daß die betreffenden maßgebenden höchsten Beamten in der Lage gewesen wären, den Gang des Gesetzes aufzuhalten.“

Der Schriftsteller Hermann Salinger in Berlin, bekannt als Verfasser zahlreicher Vocalposse, ist in der Nacht zum 4. Febr. nach langem Leiden gestorben. Derselbe war längst gelähmt und erblindet, sodass sein Tod als eine Erlösung anzusehen ist. Zu seinen beliebtesten Posse aus früherer Zeit gehören „Des Kriegers letztes Standlein“, „Witsch im Verbör“, „Die Asilander in Kalau“, „Rimrod“, „Pechschulze“. Später zog er noch einmal mit der „Reise durch Berlin in 80 Stunden“ einen glücklichen Treffer.

Frankreich wenn das überhaupt und in der gebrauchsfertigung Ludwig 1877 zu nebe bei welche candidaten partei zu regt. Der durch öffentlichen und Beso weniger auch auf zu vermietete Angeichen für die u. des Social Mit hlung kann sege erwarten wo der p. Fabrik zu länger da

Wir einen and. Gesetz hilf sollen, als Gesetz ha stehens na die drei S längert wie abgehalten nannte D Form, wi worden. brachten Wahlbaur Neuerung fall der besprochen. Die Reichstag hen ihn u. und schw auf dem und zollp. losen Blattressen, w soviel ih Gesamtmit gesetzte werden.

* Beratung i ist der den Geset geweinde Provinz mission fe. geweinden Vorlage e werden, e oder sich leiben. D missar. Vorschlag der Debat

Es f den Geset cursordnu unveränd die verschl Antrag de bloo ange

Die Abänderung Schleswig gleiches in ihmern C. beßläge. Im stand der Budgetcor Bergverle Jahre 18 Hammache Es f mission -

in dieser
as zu un-
erzahl der
s ausge-
beabsich-
deutschland
en, von
, was es
fand eine
legierung,
Vertrages
das Mi-
bei den
Wirkungen
friedigten
gestellten
er gewisse
litik aus-
arben.
siesseitigen
noch wird
n Tasse,
rtheilten
älter mit,
bergangs-
in werde,
einen Ver-
sich zer-
zu bilden,
n Politik
s jene.
siften Du-
g) in der
ton, den
Freunde
echt im
als man
unterrichts,
nem Vor-
lerus auf
eon Say-
öllnerische
nt Greys
Körper-
ebenso,
e herheit
ur die
er. Weise,
ie Stelle,
rlichkeits-
e solcher
fammein)
nen libe-
n erregt.
, wie es
ne ebenso
sicht für
lität als
res, und
n nächsten
was Be-
n müssen
Land wie
n Erschei-
n nur mit
werden
schon er-
gänglich.
Händels-
m Fenster-
frau und
Hartmann
nmen ge-
es unter-
te, welche
sicht und
geworden.
den Ber-
familien-
e, seinem
in einge-
däufende
strafe von
engungen,
gegen, daß
a Bürger-
treffenden
en wären.
in Berlin,
der Nach-
selbst war
eine Er-
offen aus-
tandlein".
", "Nim-
il mit der
glücklichen

Frankreich, wie die Verhältnisse dort liegen, größer ist, wenn das mit der materiellen Macht bekleidete Staatsoberhaupt unabhängig von der Volksvertretung dasticht und in der Lage ist, seine Macht auch gegen dieselbe zu gebrauchen, als wenn der Schwerpunkt der Verfassung und Regierung in der letztern liegt. Was Ludwig Bonaparte gethan, was Mac Mahon im Jahre 1877 zu ihm sicherlich nahe daran war, sind warnende Beispiele für das, was man zu vermeiden hat.

Die breslauer Ergänzungswahl für den Reichstag, bei welcher ein Socialdemokrat mit einem Kompromisskandidaten der national-liberalen und der Fortschrittspartei zur Stichwahl gelangte, hat viel Staub aufgerichtet. Dass der socialdemokratische Kandidat trotz der durch das Socialistengesetz unmöglich gemachten öffentlichen Agitation in der Presse, in Vereinen und Versammlungen dennoch nur etwa 1000 Stimmen weniger erlangt hat als das vorige mal, während auch auf liberaler Seite ein gleicher Stimmenabgang zu vermerken war — darin haben viele ein erschreckendes Anzeichen für die Unwirksamkeit jenes Gesetzes und für die unvermindert forsdauernde Kraft und Gefahr des Socialismus erkennen wollen.

Mit Unrecht, scheint uns! Eine so rasche Wirkung kann man überhaupt nicht leicht von einem Gesetze erwarten. In den großen Städten namentlich, wo der persönliche Einfluss von Mann zu Mann, von Fabrik zu Fabrik nicht wohl zu verhindern ist, wird es länger dauern, ehe solche Wirkungen sich geltend machen.

Wir halten es daher für ebenso falsch, wenn die einen aus jenem Vorgange den Schluss ziehen: das Gesetz hilft nichts, folglich hätte man es nicht geben sollen, als wenn die andern umgekehrt schließen: das Gesetz hat in den ersten fünf Monaten seines Bestehens noch nicht viel geholfen, folglich muss es über die drei Jahre, auf die es gegeben ist, hinaus verlängert werden! Das eine ist so vorschnell geurtheilt wie das andere.

In einer unter Vorsitz des Fürsten Bismarck selbst abgehaltenen Sitzung des Bundesrates ist das sogenannte Disciplinargesetz in der wesentlich gemilderten Form, wie der Justizausschuss es redigirt, angenommen worden. Wir haben die von letztem darin angebrachten Änderungen (Wegfall des Verlustes der Wahlbarkeit, Wegfall der Überantwortung straffälliger Neuherungen im Reichstage an den Strafrichter, Wegfall der Abbitte vor dem Reichstage) schon neulich besprochen.

Die Woche, in die wir heute eingetreten, wird den Reichstag wieder zusammen treten sehen. Wie begreifen ihn mit unsern besten Wünschen. Es wird große und schwierige Aufgaben zu lösen haben, besonders auf dem heutigen so hochwichtigen Gebiete der finanziellen und zollpolitischen Fragen. Möge er mit vorurtheilslosen Blicken und mit fester Hand jene richtige Linie treffen, wo die miteinander streitenden Einzelinteressen soviel thunlich unter sich, vor allem aber mit dem Gesamtinteresse der Bevölkerungen ins Gleichgewicht gesetzt werden!

Vom preußischen Landtage.

* Berlin, 8. Febr. Der erste Gegenstand der Berathung in der heutigen Sitzung des Herrenhauses ist der Bericht der neunten Commission über den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Gastgemeindeverhältnisses in der evangelischen Kirche der Provinz Schlesien. Nach dem Beschluss der Commission soll den evangelischen, dagitenden und Gastgemeinden in Schlesien bis zum 1. Jan. 1885 (die Vorlage bestimmte den 1. Jan. 1880) Freiheit gegeben werden, entweder eine selbständige Parochie zu bilden oder sich einer bereits bestehenden Parochie einzubringen. Trotz des Widerspruches des Regierungskommissars Geh. Oberregierungsrathes Beinert wird der Vorschlag der Commission genehmigt, ebenso nach kurzer Debatte der Rest des Gesetzes.

Es folgt der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf zur Ausführung der Deutschen Concursordnung. Der Referent Graf zur Lippe empfiehlt unveränderte Annahme des Entwurfes in der Fassung, die denselbe im Abgeordnetenhaus erhalten hat. Auf Antrag des Hrn. v. Bernuth wird der Entwurf einstimmig angenommen.

Die nun folgenden Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung der Wegegesetzgebung für die Provinz Schleswig-Holstein und die Herbeiführung eines Ausgleiches in der Wegebaupflicht zwischen den Herzogthümern Schleswig und Holstein sowie die Radfahrgeschäfte der Fuhrwerke in Hannover.

Im Abgeordnetenhaus ist der erste Gegenstand der Tagesordnung der mündliche Bericht der Budgetcommission über die Verwaltung der fiscalischen Bergwerke, Hütten und Salinen während des Etatsjahres 1877/78. Nach dem Referat des Abg. Dr. Hammacher wird die Übersicht für erledigt erklärt.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetcommission über die Deutschrift über die Lage der im

Bericht des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten seit dem Jahre 1872 einschließlich begonnenen und in der Vorbereitung begriffenen Staatsbauten in Berlin und Potsdam.

Abg. Frhr. v. Huene stellt den Antrag:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, dass es sich die Entscheidung über die Einziehung des zur Zeit von dem Staatsministerium benutzten Hauses Behrenstraße 72 in den Erweiterungsbau des Cultusministeriums vorbehält bis zur Vorlage der revidirten Kostenanschläge für den Bau des letzteren Ministeriums und bis zur erfolgten Mitteilung darüber, welche Kosten die anderweitige Unterbringung des Staatsministeriums verursachen wird.

Regierungscommisar Ministerialdirector Greiff:

Der Antrag des Abg. Frhrn. v. Huene würde die Fortführung des Umbaus des Cultusministeriums um ein volles Jahr verzögern; dem gegenüber sei der gegenwärtige bauliche Zustand des Gebäudes ein gerade gesundheitsgefährlicher und für den Geschäftswerke unerträglicher, zumal schon seit 1876 die Angelegenheit in der Schwebe sei.

Der Antrag wird der Budgetcommission zur Prüfung überwiesen.

Die Abg. v. Bunsen und Birchow geben den Wunschen nach Verbesserung der traurigen Zustände des Berliner Bibliothekgebäudes Ausdruck, worauf Ministerialdirector Greiff bemerkte:

Der Herr Cultusminister lässt sich die angeregten Fragen ganz besonders angelehn sein; es handelt sich aber hier um Unternehmungen, die auf lange Zeit berechnet sind und darum die reifsteckte Erwägung verdienen. Indess darf ich die Hoffnung Ausdruck geben, dass auch diese Fragen eine erwünschte Erledigung finden werden.

Hierauf wird der Bericht für erledigt erklärt.

Das Haus setzt die Etatsberathung fort und genehmigt zunächst den gestern der Budgetcommission nochmals überwiesenen Tit. 2 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben: Zur Herstellung eines Dienstgebäudes für die Direction für die Verwaltung der directen Steuern in Berlin, nach dem Antrage des Referenten dieser Commission in Höhe von 1,470000 M.

Der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung wird in Einnahmen und Ausgaben ohne erhebliche Discussion bewilligt.

Es folgt der Etat der Eisenbahnverwaltung.

Referent Abg. Dr. Hammacher empfiehlt als Antrag der Budgetcommission unveränderte Annahme der Einnahmen und constatiert dabei, dass der Verkehr auf der Linie Berlin-Wesel nicht bloß die Einnahmen vieler Privatbahnen, sondern auch der Hannoverschen Staatsbahn schädigen würde:

Es würden vol überhaupt die wirklichen Einnahmen der Staatsbahnen im nächsten Etat wesentlich hinter den Vorstellungen zurückbleiben. Seit den Jahren 1874/75 seien die Gesamteinnahmen sämtlicher Staatsbahnen constant geblieben. Sie beliegen sich auf rund 169 Mill., obwohl sonst etwa 1000 Kilometer neue Bahnen zugelassen seien. Auch in diesem Jahre sei keine Steigerung der Einnahmen zu constatiren, nach den Veröffentlichungen im Staats-Anzeiger seien im Gegenteil bereits 2 Mill. Mindereinnahme gegen das Vorjahr. Referent bittet schliesslich, der Gründlichkeit der Commission zu vertrauen, von einer Billigung der einzelnen Titel abzusehen und die Einnahmen unverändert zu genehmigen.

Abg. Richter-Hagen:

Der Herr Ministerpräsident hat sich in den letzten Wochen von Friedrichshau aus über die Tarifpolitik in einem Briefe „an einen Collegen“ geäußert; ob an Hrn. Maybach — oder ob nur eine Etappenfrage zu der Wahl des Titels geführt hat, das weiß ich nicht. Aber alles zwinge uns, zu erforschen, wie der Herr Handelsminister zu diesem Briefe steht. Denn er selbst hat uns erst vor einigen Wochen erklärt, dass er ein Reichs-Eisenbahntarif für nötig hält. Dann enthält der Brief scharfe Angriffe gegen das bestehende Eisenbahntarif, schärfert noch als die, welche der Ministerpräsident im März des vergangenen Jahres gegen die damalige Eisenbahnverwaltung richtete. Ich frage deshalb den Herrn Minister, wie er zum Inhalte dieses Briefes steht.

Handelsminister Maybach:

Der Brief ist nicht vom Herrn Ministerpräsidenten ausgetragen, sondern vom Herrn Reichskanzler. (Zuhörer links.) Ich weiß, mein Herr, das macht einen Unterschied; es ist das eine Reichsangelegenheit, und dazu hat die Regierung bisher immer die Stellung eingenommen, dass sie in diesem Haup derartige Dinge nicht vorab erörtert hat. Die Frage, ob und was aus Anlass dieses Schreibens geschehen könnte, vermag ich zur Zeit nicht zu beantworten; denn wenn die Angelegenheit an mich herantrete, wird sie im preußischen Staatsministerium zum Ausdruck gelangen.

Abg. Richter-Hagen:

Diese Erklärung war sehr kurz, aber doch sehr berechtigt; den Brief soll nicht der preußische Ministerpräsident, sondern der Reichskanzler geschrieben haben. Im Publikum kennt man nur einen Fürsten Bismarck. Nun hat der Reichskanzler selbst gesagt, als solcher im Reiche vermöge er gar nichts ohne die Zustimmung der preußischen Stimmen. Wirklich wunderbare Zustände! Ich bedauere sehr stark die schicke Stellung des mit gegenübersitzenden Ministers. In welcher Lage gerät ein Fachminister des größten deutschen Staates gegenüber einem solchen Briefe des Reichskanzlers? Er weiß nicht, was der Reichskanzler von seinem Bericht schreibt. Aber der Herr Reichskanzler hat es provocirt, nun muss ja dieser Brief discutirt werden, wenn auch der Herr Minister Maybach einer solchen Discussion abgeneigt ist. Wenn ich auch mit der Eisenbahnpolitik des Herrn Reichskanzlers nicht einverstanden bin, so erkenne ich gern seine große Sachkenntniß willig an. Aber ich muss doch sagen, dass diese Sachkenntniß den Kanzler nicht gebindet hat, die Eisenbahngesetze ganz unrichtig zu schildern. Wenn der Reichskanzler sich über das Tarifwesen beschwert, so vergibt er, dass seit 1888 das Tarifwesen in Preußen ganz genau geleglich geregelt ist, dass vom Ministerium Normal- und Maximalkäfe festgesetzt sind und

dass demnach von einer Ausbeutung des Publikums durch die Eisenbahnen nicht die Rede sein kann. Ja, das Ministerium hat das Recht, die noch bestehenden Ausnahmetarife zu widerrufen, also es kann der Industrie damit zu Hilfe kommen, und wir wissen noch vom vorigen Frühjahr, welche ungewöhnliche Wichtigkeit eine einzige Rede des Ministerpräsidenten in diesem Hause gehabt hat auf die Umgestaltung des Tarifwesens, und wie später der jetzige Handelsminister Tarife geändert hat zu Gunsten der grünenberger Weintrauben und der heimischen Mühlendustrie. Das Tarifwesen ist so beschränkt, so eingegrenzt durch Gesetze und Verordnungen, dass eine weitere Vereinträchtigung der Freiheit der Directionen nicht mehr zulässig erscheint. Wenn dann der Ministerpräsident sagt, es fehlt dem Tarifwesen an Einheit, so übersteht er, dass heute diese Einheit schon zu groß ist, das gerade die Interessen wünschen, es möge an die Stelle des einflussigen Saches ein doppelter Satz und eine neue Scala von Ausnahmetarifen gesetzt werden.

Für das einst so gefeierte elssässer System schwärmt heute niemand mehr. Auch den Vorschlag muss ich energisch ablehnen, die Eisenbahntarife gesetzlich zu bestimmen, das ist unzulässig und der Hinweis auf die Analogie der Postverwaltung ist nicht richtig, denn die Post hat eine Art von Differentialtarif heute noch zu ihrer Versorgung auch für allelei Weintrauben, sodass uns die ungarnische nicht mehr Porto kostet als die grünenberger und magdeburger oder sonst welche Sorte, die sich als schubbedürftig hinstellt, und das ist bei den Eisenbahnverwaltungen nicht der Fall. Der Ausdruck „Ausbeutung“, den ich in dem Briefe finde, erinnert stark an die sozialistische Sprechweise und erinnert ferner stark an die Leute, von denen das neue Recept stammt. Nein ist das Recept sowie die neue kantlerische Politik im ganzen überhaupt nicht, original ist bloß, dass sie von einem Kanzler vertreten wird. (Heiterkeit.) Das alles ist das geistige Eigenthum des seligen Markts Antonius Nienborc, und der neue Eisenbahnpolitik ist eine Schöpfung des bekannten Perrot. Er hatte den großen Gedanken eines Einheitsbillets nach Analogie der einheitlichen Freimarken ohne Rücksicht auf die Meilenentfernung, später ist er gemäßigt geworden und zu einem Zonen tarife gekommen, wie wir ihn aus dem Briefe des Kanzlers verstehen können. Auch die Generalpächter sind von ihm. Ich will eine weitere Kritik der Politik des Kanzlers nicht geben, da er abwesend ist, aber mit dem Ausdruck des Befreiung muss ich schließen, dass vereinst es der deutschen Politik gefährlich werden kann, wenn der Kanzler mit solchen allgemeinen Projecten in die Öffentlichkeit heraustritt.

Handelsminister Maybach:

Ich habe fast den Eindruck, als ob ich mich im Reichstage befände und dort discutirt würde, wie Art. 45 der Reichsverfassung erfüllt werden könne, der die Tarifeinheit als anzustrebendes Ideal bezeichnet. (Sehr wahr! rechts.) Auf den Tadel, den der Herr Reichskanzler erfahren hat, wird, wie ich denke, der große Staatsmann selbst antworten können im Reichstage, ich glaube, er kann sich über einen solchen Tadel leicht hinwegsetzen. Dann ist so ganz nebenbei eine Angleichung fast seuerlicher Natur erwähnt, nämlich der Differentialtarif für Weintrauben. Und hat dabei der Gedanke fern gelegen, die heimischen Producenten zu schützen, wir wollten nur den Bundesstaat beschluss zur Ausführung bringen, denn aufs folge ausländische Produkte nicht vor inländischen zu bevorzugen sind. Zugem ist die Maybach Regel so untergeordnet, dass die ungarnischen Weintrauben den Bezug in Berlin um 2,7 Pf. pro Pf. verhöhnt sind, was die Conjunction doch wirklich nicht verträgt. Ich kann dem Vorredner schliesslich zugeben, dass das staatliche Aufsichtsrecht über die Bahnen stark genug ist, um Ausschreibungen bezüglich der Tarife zurückzuweisen zu können, aber das Aufsichtsrecht kann nicht die bestehenden Tarife aufheben, und in diesem Umstände liegt vielleicht der Grund, weshalb in dem Briefe von Ausbeutung gesprochen ist. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.)

Abg. Dr. Birchow:

Man sollte doch nicht vergessen, dass der Herr Reichskanzler auch preußischer Minister ist; wir haben das Recht, den preußischen Minister hier zu fragen, und wenn die Herren etwas vorhaben im Reiche, worin sie der preußische Landtag unterstützt, dann haben die Minister gern, wenn wir hier sie verstärken, anderthalb weicht man uns hier aus und sagt: das gehört in den Reichstag. Sehr appellirt der Herr Kanzler von den Häusern, die er vor sich sieht, an die Häuser, die kommen sollen, es ist eine Art Wahl, aber ich hoffe, das Pulsieren ist zu früh verschossen worden. Wir haben das Recht, auszusprechen, was uns im Interesse des Landes zu liegen scheint. Diese Art des Fürsten Bismarck führt zur Stärkung des Particularismus. In allen anderen Staaten erinnert man sich aus dem Zauber des großen Staatsmanns; ich appellirt an Ihr Mannegefühl (zur Rechten), ob das das richtige Niveau ist für den preußischen Minister, einfach dem Kanzler zu geboren; seine selbständige Meinung mehr zu haben, noch weniger sie zu äußern. Es wird intendiert, alle Menschen zu absolutem Gehorsam zu bringen. Soll das etwa constitutionell sein? Kein Minister kann eine Garantie bieten, das rächt sich auf dem Gebiete des Eisenbahnpolitik; alles Vertrauen ist erschüttert, alle Bahnactien sinken, weil wir nicht wissen, was kommen kann. Wollen Sie Staatsbahnen, dann sagen Sie es ehrlich und auf einmal und machen Sie es nicht stilistisch. Millionen von Volksernährungen gehen dabei verloren, das mag sich einmal der Herr Minister überlegen. Auch unter Reichsfunktionen vermag ja das Wort zu richten: so sonnentrete, — mögen doch einmal die preußischen Minister zeigen, wie viel Selbständigkeit sie haben. Es ist für mich äusserst betrübend, dass die deutschen Angelegenheiten so schnell in einen unangenehmen Rückzugsrath geraten. Aber wie würden glauben, eine Pflicht gegen das Vaterland zu verlegen, wenn wir diese Dinge hier nicht zur Sprache bringen. (Beifall links.)

Handelsminister Maybach:

Meine Herren! Nur zwei kurze Bemerkungen. Der Vorredner deutet an, dass wir die Privatbahnen ruinieren, um sie dann billig zu kaufen. Ich weise das für meine Person energisch zurück, ich bin auch den Privatbahnen gegenüber stets loyal und billig verfahren. Mit Hrn. Dr. Birchow würde ich ein solches Beginnen für unrichtig und unvollständig halten. Auch darin muss ich dem Hrn. Abg. Birchow recht geben, dass, wenn die Notwendigkeit neust-

Bahnverbindungen an uns herantritt, es sich dann empfiehlt, die dem Staate nötigen Bahnen nicht einzeln und stückweise zu erwerben, sondern an das Haus heranzutreten mit einem allgemeinen Plane und der Erwerbung von ganzen Bahngruppen.

Abg. Richter-Hagen:

Ich lege Bewahrung dagegen ein, daß sich das Haus etwa mit den Anschauungen des Herrn Ministers im Einklang befindet.

Hierauf wird die Discussion geschlossen.

Personal bemerkt Abg. Dr. Birchow, daß er nicht gesagt habe, die Regierung wolle die Privatbahnen ruinieren, sondern nur, daß die Politik der Regierung diesen Erfolg habe.

Kap. 15. Etat der Niederschlesisch-Märkischen Bahn, wird bewilligt, desgleichen der Etat der verschiedenen andern königlichen Staatsbahnen.

Zum Etat der Nassauischen Bahn beschwerte sich Abg. Dr. Birchow, daß deren Direction den Stationsbuchhändlern den Verkauf der Frankfurter Zeitung verboten habe und daß der Handelsminister eine Beschwerde darüber zurückgewiesen habe. Es sei eicht polizeilstatisch, den Reisenden ihre Zeitung verbieten zu wollen.

Handelsminister Maybach:

Ich habe den zahlreichen Beschwerden, daß auf den Bahnhöfen entweder unsittliche oder gegen die Staatsordnung verstoßende Blätter verkauft würden, folge gegeben und strengere Kontrolle der Colporteurs angeordnet. Was die Frankfurter Zeitung angeht, so ist sie verboten von der Bahndirection im Einvernehmen mit der dortigen Regierung und ich bin nicht in der Lage, Remedium zu schaffen. Dies Blatt ist ja auch im Reichslande verboten.

Abg. Windthorst-Meppen:

Er halte die vom Minister bezeichneten Schriftenläden ebenfalls für solche, die zu verbieten seien, aber die Eisenbahndirectionen nicht für die zur Prüfung geeignete Aufzugs. Speziell hier liege ein Misstrau vor, die Frankfurter Zeitung widerstreite weder der Sittlichkeit noch der öffentlichen Ordnung. Ihr Verbot schädige namentlich das Handelspublizum, für welches die Frankfurter Zeitung sehr wichtig sei.

Handelsminister Maybach:

Ich bin mit dem Vorredner einverstanden, daß nicht die Bahnverwaltung zu entscheiden hat, ob ein Blatt der öffentlichen Ordnung gefährlich ist. Über im vorliegenden Hause hat die Regierung in Kassel dies als Landespolizei entschieden, nicht die Bahndirection. Die handelspolitische Bedeutung des genannten Blattes erkenne auch ich an.

Abg. Dr. Hänel:

Er bezweiste, ob die Polizei rechtlich in der Lage sei, den Verkauf nichtverbotener Blätter auf den Bahnhöfen zu untersagen. Der Handelsminister sei und bleibe verantwortlich dafür, daß die öffentlichen Bahnhöfe gewischaucht werden zum Tummelplatz der politischen Polizei. Er sage das, obgleich ihm die Frankfurter Zeitung unlympatisch sei. Nach dem Amtentreffen zwischen dem Reichsanziger und dem Eigentümer der Frankfurter Zeitung habe diese gehörige Kampfsatz gegen die Frankfurter Zeitung fast den Ausdruck der Liebedienerei.

Abg. Dr. Lasker ist ebenfalls mit dem Verbot unzufrieden und bedauert, daß der Minister die Anlehnung an die unsittlichen Bahnhofsliteratur verwirkt habe mit der politischen Frage eines Zeitungsverbotes. Wenn Dr. Maybach die Frankfurter Zeitung für handelspolitisch beachtenswert erachte, so liege es vielleicht daran, daß sie für das Staatssystem eintritte. (Heiterkeit)

Handelsminister Maybach:

Das Verbot ist nicht erfolgt auf Grund eines Gesetzes, sondern auf Grund eines Paragraphen in dem Contract der Direction mit dem Colporteur, wonach letztere ermächtigt ist, Druckschriften vom Verlehr auszuschließen. Von dieser Vollmacht hat die Direction Gebrauch gemacht.

Abg. Dr. Majunke beklagt sich, daß in Rheinland, Westfalen und Oberhessen schon seit Jahren und ähnlich im Elsaß ultramontane Blätter vom öffentlichen Betriebe auf den Bahnhöfen ausgeschlossen sind.

Abg. Windthorst-Meppen behält sich vor, einen auf das Verbot bezüglichen Antrag beim Etat des Ministeriums des Innern einzubringen, zu welchem Recht die Sache mehr zu gehören scheine.

Abg. Graf Limburg-Stirum:

Ich bin der Meinung, daß der Herr Handelsminister vollkommen correct gehandelt hat, er hat gethan, was jeder in seinem Hause zu thun berechtigt ist. (Oboe links.) Wenn das Liebedienerei genannt wird, nun so wäre ich auch ein Liebedienerei, ich hätte ebenso gehandelt. Ein Mann, der gegen den ersten Reichsbeamten so antritt wie Dr. Sonnemann und sein Blatt, erfordert solche Maßregeln.

Abg. Fehr. v. Schorlemmer-Alst:

Die Staatsbahnen sind nicht Privateigentum des Ministers, also vom Haubrecht kann nicht die Rede sein. Es könnte ebenso gut sagen, die frei- oder neuconservativen Abgeordneten sollen nicht mehr auf der Eisenbahn fahren. (Heiterkeit.) Was der Graf Limburg von seiner Bereitschaft zur Liebedienerei gesagt habe, sei freilich nicht zu bestweichen. (Heiterkeit.) Aber mir komme doch nicht jedes Blatt verblossen, das dem Reichsanziger, das Amstett, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. (Aus links: Die Post!) Da wohl und die Post. Das wäre doch höchst bedauerlich; man sollte lieber einige offizielle Blätter verbieten, die nur geeignet sind, uns bei den ausländischen Reisenden zu discreditiren. Die Regierung sollte ihre Auferksamkeit lieber der unsittlichen Literatur zuwenden, die immer noch große Verbreitung auf Bahnhöfen finde. Aus der Polizeigewalt, die in den Zeitungsverboten sich befundet, spreche gerade keine Empfehlung für das Staatseisenbahnsystem, zumal, da solche Maßregeln nicht die Zeitung, sondern die Freiheit des Publikums trüben, das man wie unwillige Kinder behandle.

Abg. Lasker:

Ich bringe nochmals darauf, daß die Frage beantwortet wird, aus welchem Grunde die Frankfurter Zeitung verboten worden ist; der Grund, den Graf Limburg-Stirum angegeben hat — die Scene zwischen dem Abg. Sonnemann und Fürst Bismarck im Reichstag — kann ich doch unmöglich anerkennen. Uebrigens wurde Fürst Bismarck damals nicht angegriffen, sondern ich, der Reichstag und das ganze Publikum gaben dem Abg. Sonnemann recht, daß er sich gegen ungerechte Anschuldigungen vertheidigte. Es war ein unglaubliches Debüt des Grafen Limburg-Stirum, und ich hoffe, die Regierung macht seine Argumentation nicht zu der ihrigen.

Abg. Graf Limburg-Stirum bemerkt, daß er sich nicht auf die Scene im Reichstag, sondern auf die ganze Haltung der Frankfurter Zeitung bezogen habe.

Der Handelsminister Maybach erwidert dem Abg. Lasker, daß er sich der ganzen Verhandlung nicht mehr erinnere, indes glaube er, daß die Landespolizeibehörde erklärt habe, daß Blatt eigne sich nicht zur Colportage, und darum sei das Verbot erfolgt. Bei der Zeitung unrecht geschehen — was infolge der heutigen Debatte nochmals untersucht werden würde — so solle das Richtighe dagegen veranlaßt werden.

Abg. Richter-Hagen:

Man verfaßte heute in einer Resolution, wie sie schlimmer in Preußen zu keiner Zeit geherrscht habe, daß ganze Verfahrengesetze gegen die Frankfurter Zeitung sei steinisch und gebläßig. Wenn man, wie jetzt Graf Limburg-Stirum zu thun scheine, in der Scene im Reichstag auf Seiten des Abg. Sonnemann stehe, dann müsse man doch endlich für eine Vorlage eintreten zum Schutz der Ehre der Abgeordneten gegen unmotivte Angriffe von Seiten des Reichsanzigers. Die ganze Debatte sei dem Redner im übrigen so willkommen, weil sie heute schon zeige, was die Staatsbahnen für Aussichten eröffne, was man eins zu erwarten habe, wenn erst die Privatbahnen ohne gelegischen Schutz für uns in den Besitz einer solchen Staatsverwaltung übergehen.

Abg. Windthorst-Meppen protestiert nochmals gegen das Verbot der Frankfurter Zeitung:

Wenn so etwas möglich sei, dann werde schließlich die gesetzlich eingeführte Pressefreiheit auf dem Verwaltungsweg ausgebunden. Redner erwartet entschieden genauere Auskunft und Remeur, eventuell werde man gezwungen sein, entsprechende Anträge im Hause zu stellen.

Kap. 22—25 werden bewilligt.

Kap. 26: Privateisenbahnen, bei denen der Staat beteiligt ist, Tit. 1: Oberschlesische Eisenbahn 3,431339 M., regt Abg. v. Pschorr wiederum die billigeren Förderrungen der oberschlesischen Steinkohle an und führt unter Aufzählung der Preise der verschiedenen Bahnen für die Kohlenbeförderung aus, daß sich auch bei billigerem Transport ein sehr erheblicher Gewinn würde erzielen lassen.

Abg. Hundt v. Häffner: Es möge genügen, eine Anomalie auf diesem Gebiete anzuführen: die Beförderung von 100 Etn. Steinkohle auf 150 Meilen von Oberschlesien nach den ost- und westpreußischen Häfen ist $1\frac{1}{2}$ M. teurer als die Produktion selbst.

Abg. Schmidt-Stettin trifft den Ausführungen der Vorredner bei.

Die einzelnen Titel des Kap. 26 sowie Kap. 27 werden bewilligt.

Darauf verzagt das Haus die weitere Berathung des Etats auf heute Abend $7\frac{1}{2}$ Uhr.

In der Abendsitzung wird mit der weiteren Berathung des Eisenbahnetats, und zwar der Ausgaben, fortgesetzt.

Abg. Lüders richtet an die Regierung die Frage, ob sie die complicierte Organisation der Eisenbahnverwaltungen in acht Directionen beibehalten wolle. Minister Maybach erklärt, daß im nächsten Jahre der Plan einer vereinfachten Organisation vorgelegt werden solle.

Abg. Berger tadelt das Ueberwiegen der juristischen Beamten gegenüber den technischen, besonders sollte man die beim Bau beschäftigten gewesenen Baumeister auch beim Betriebe anstellen.

Minister Maybach erklärt, daß er in Bezug auf die Parität der beiden Beamtenkategorien der Eisenbahnen von den bewährten Grundsätzen seines Amtsvergängers nicht abweichen werde. Die Regierungskasse seien würden nur scheinbar bevorzugt, indem ihre Ernennungen, auch wenn sie nicht staatsmäßige Stellen erhielten, publiziert würden. Hält die bei den Bauten angestellten Baumeister werde, soweit dies irgend möglich, bei Eröffnung des Betriebes gefördert werden.

Die Budgetcommission beantragt:

Dem Landtag im laufenden Jahre eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Schienenabmmissionen vorzulegen und zugleich Mitteilungen darüber zu machen, wie weit sich bei solchen und andern Submissionsen für die Staatsbahnenverwaltung Coalitions von Reisenanten zum Zwecke der Erzielung höherer Preise beweitbar gemacht haben.

Abg. Richter-Hagen macht auf die erhebliche Ueberproduktion der deutschen Schienenwerke aufmerksam, welche dieselben nötige, etwa 3 Mill. Cir. jährlich mehr zu exportieren als importiert wird.

Um diesen Export zu erleichtern, habe sich eine Commission deutscher Schienenfabrikanten gebildet, die bei allen Submissionsen von deutschen Eisenbahnverwaltungen die Preise um etwa ein Achtel höher hält als die englischen Werke, während sie nach dem Auslande billiger verkaufen. Deutschland müsse also zu Gunsten des billig laufenden Auslandes eine sehr erhebliche Last tragen. Noch habe die Regierung die Möglichkeit, durch Zulassung der englischen

Concurrentie diese Preise einigermaßen zu reduzieren, jedoch jedoch, wie beabsichtigt, der Centner Schiene mit 1 M. Zoll belastet werde, werde diese Concurrentie gänzlich aufgeschlossen.

Abg. Möstel erinnert an die im vorigen Jahre gefaßte Resolution, welche die Regierung um eine generelle Verfassung und eventuelle Reform des Submissionsverschreibens ersucht.

Geheimrat Napu und erwidert, daß die Regierung mit der Aufstellung allgemeiner Bestimmungen beschäftigt sei.

Abg. Berger bemerkt dem Abg. Richter, daß die Überproduktion nur durch den plötzlich gestiegenen Bedarf hervorgerufen sei, der vorzugsweise auch die Befestigung der Eisenzölle veranlaßt habe:

Die Coalition habe nur den Zweck, die vorhandene Arbeit gleichmäßig an alle Unternehmer zu verteilen, sonst ist in die Hände eines einzigen fallen zu lassen. Die ins Ausland gelieferten billigeren Schienen seien von viel höherer Qualität als die für die preußischen Bahnen gelieferten. Delikt, man die Eisenwerke noch weiter herunter, so entziehe man dadurch gleichzeitig den Eisenbahnen erhebliche Transporte, weil zur Herstellung eines Centners Eisen 10 Gr. Rohmaterialien gehören.

Abg. Richter hält es für zweckmäßiger, den Eisenbahnen dadurch zu helfen, daß man ihnen billigere Schienen liefere. Der Redner will näher auf die Eisenzölle eingehen, wird aber wiederholt von dem Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Geschäftslage ein detailliertes Eingehen auf diese Materie um so weniger ratschlich mache, als der Reichstag dieselbe binnen kurzem ausführlich erörtern werde. Der Redner bedauert, daß eine so wichtige Frage über das Knie gebrochen werden müsse, da man den umfassenden Eisenbahnenat auf eine einzige Abendstzung zusammengebracht habe.

Die Resolution der Budgetcommission wird mit großer Majorität angenommen.

Abg. Richter-Hagen fragt, ob eine Verfassung in Betreff der literarischen Beschäftigung der Eisenbahnenbeamten in neuester Zeit erlassen sei.

Minister Maybach:

Ich bin nicht dagegen, daß sich die Beamten auch wissenschaftlich beschäftigen; ich wünsche nur im allgemeinen zu wissen, werden sie schreiben wollen, damit ihre Arbeit nicht absolut im Widerhup mit den Absichten der Regierung steht. Die Broschüre von Schwabe über Secundärbahnen stellt eine solche Menge von Dokumenten auf, daß ich mich die Anfragen gar nicht erweichen konnte, weil man glaubte, die Broschüre enthalte meine Auffassungen.

Abg. Richter-Hagen:

Dann würde doch wol die einfache Erklärung genügen, die Arbeit sei eine Preisarbeit; eine solche Sicht, wie der Redner einfaßt, würde alle wissenschaftlichen Bemühungen der Beamten lähm legen.

Die Resolution wird genehmigt.

Es folgt der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats, welcher in Einnahme und Ausgabe auf 711,500758 M. festgestellt wird, und zwar auf 652,622066 M. an fortlaufenden und 58,878692 M. an einmaligen Ausgaben, und der Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung der Einnahmen, in welchem die Höhe der Anleihe statt auf 73,750000 M. auf 67,950000 M. steht wird. Das Haus genehmigt beide Gesetze.

Nächste Sitzung Montag 19 Uhr. Tagesordnung: Dritte Berathung des Etats und Generalbericht.

Deutsches Reich.

N.L.G. Berlin, 7. Febr. Die Nachricht, daß in der neulichen Sitzung der Balkanscommission auch ein Polzoll beantragt worden sei, ist in Zweifel gezogen worden. Dem gegenüber wird uns von sonst gut unterrichteter Seite bestimmt versichert, daß allerdings ein Betrag auf Eisenholz im Betrage von 5 Pf. pro Klafter in Vorschlag gebracht worden ist.

Aus Berlin vom 8. Febr. wird der Magdeburgischen Zeitung berichtet: „Am Freitag Abend fand in dem Hotel des Fürsten Bismarck unter dessen Vorstand ein preußischer Ministerrat statt, welcher erst nach Mitternacht sein Ende fand. In Abgeordnetenfreien wollte man wissen, daß es hierbei zu sehr stürmischen Erörterungen gekommen wäre; über den Inhalt der Berathung gingen indessen die Angaben auseinander. Einerseits meinte man, es hätte sich um Zoll- und Steuerfragen und namentlich um die Tabaksteuer gehandelt, andererseits wollte man wissen (doch hat dies weniger Wahrscheinlichkeit für sich), die Debatte hätten sich nur um den Generalbericht der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses bewegt. Jedenfalls machte sich in gewissen ministeriellen Kreisen heute eine unverkennbare Niedergeschlagenheit geltend.“

— Zu einer Nachmittag abgehaltenen Sitzung nahm der Bundesrat die Auschusshandlungen bezüglich des Gesetzes über die Strafgesetzgebung des Reichstages an. Im übrigen wurde die Feststellung des Etats mit den dazu gehörigen Gesetzen zum Abschluß gebracht. Wie aus bester Quelle verlautet, hat der Kaiser sich entschlossen, den Reichstag am kommenden Mittwoch in höchsteuer Person zu eröffnen. Der Wortlaut der Chronik soll deshalb ein möglichst kurzer werden.“

— Die Wirtschaftsausschüsse
Borschläge
Reichstag
als vollständig
auch die
der Bundesräte
tragen ein

— Der
sich die Wirtschaftsausschüsse
längste Uebersicht habe
sagten Noch
ein Freund und den
gekommen
Meistbegruß
Reiche und
Auch hat
ratifiziert.
eine dem
gene Nach
Bürgerkrieg
Sollte die
Anwesenheit
lichen Kan
— Preu
und von
Anttag be
lautet folg

Das He
der angestra
Reichen, da
sprechend, da
träge bispo
im preußisc
Gebäuden, so
Gebäuden
beratung mi

— Die N
richten v
ein von
socialisti
mit Deuts
auch eine
Schriften i
das Paket
Ueber den
siedene Ve
Wiedergabe
treue Ausflä

— Das G
lin vom
ein von
socialisti
mit Deuts
auch eine
Schriften i
der Abge
Ueber den
siedene Ve
Wiedergabe
treue Ausflä

— Die En
Entgegnung
der „Post“
störte fort
richterstatte
zu dem Ve
laste hinz
berichte L
sie.“ Bu
Richtigkeit
liche in der
deutungen
schriftlichen

Thürin
7. Febr. D
befindet sic
Weimar h
auch in d
Volksschule
finden soll;
auch Schul

Während
der Ministr
der Abgeos
des Antrage
holt, im Fe
Meine H
Dass es für
Bundesträte
die Strafge
Weisheit abz
der Komme
gierung sich
Beratung der
Mittelungen
über das mu
Antrag, dur
so gründlich
neben dem Be
wurden, ist, r
organe gegen
tzt, noch pr
bielt und we
Herr Antrag

— Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Die Mittheilungen der National-Zeitung, daß der Justizausschuss des Bundesrathes sich bereits über Vorschläge zu Verfassungen von Mitgliedern des Reichsgerichts schlüssig gemacht habe, wird und als vollständig erstanden bezeichnet. Es wird somit auch die weitere Angabe der genannten Zeitung, daß der Bundesrat sich zunächst mit den bezüglichen Anträgen einverstanden zu erklären haben wird, hinfällig.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger schreibt: „Nachdem sich die Regierung der Samoainseln durch eine vorläufige Uebereinkunft vom 3. Juli 1878 dazu verpflichtet hatte, Deutschland die Rechte der meistbegünstigten Nation einzuräumen, und im Januar 1878 ein Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen Samoa und den Vereinigten Staaten von Amerika zu Stande gekommen war, ist am 24. Jan. d. J. ein definitiver Meistbegünstigungvertrag zwischen dem Deutschen Kaiserreich und den Samoainseln unterzeichnet worden. Auch hat die Samoaregierung den Vertrag bereits ratifiziert. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als eine dem Reuter'schen Bureau aus Melbourne zugegangene Nachricht vom 6. Febr. den Ausbruch eines Bürgerkrieges auf den Samoainseln befürchtet ließ. Sollte diese Eventualität eingetreten sein, so wird die Anwesenheit Sr. Maj. Schiff Ariadne und des kaiserlichen Kanonenbootes Albatros zum Schutz der dortigen deutschen Rechte und Interessen zweifelsohne ausreichen.“

Preußen. Der vom Abg. v. Rauchhaupt gestellte und von sämtlichen Neuconservativen unterzeichnete Antrag bezüglich des Generalberichtes der Finanzen lautet folgendermaßen:

Das Haus der Abgeordneten möge beschließen: „Zu der angestrebten Beweisführung der eigenen Einnahmen des Reiches seine volle Zustimmung in der Erwartung anzusprechen, daß es dadurch gelingen werde, hinreichende Beiträge disponibel zu machen, um nicht nur das Gleichgewicht im preußischen Staatshaushalte dauernd wiederherzustellen, sondern auch durch Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer die Kommunalverbände anzuregen zu erleichtern und die Klassen- und die klassische Einkommensteuer herabzumindern.“

Die Neue Preußische Zeitung schreibt: „In unterrichteten Kreisen gilt es als die bestimmte Absicht des Reichstags, die Frage des Welfenfonds zu einer definitiven Erledigung zu bringen.“

Das Deutsche Montags-Blatt berichtet aus Berlin vom 9. Febr.: „Wie wir hören, soll am Freitag ein von außerhalb in Berlin angekommenes Paket socialistischer Christen sehr aufsehenden Inhalts mit Besiegeln belegt worden sein. Das Paket enthielt auch eine längere Liste von Personen, denen die Christen übermittelt werden sollten. Die Person, die das Paket in Empfang nehmen wollte, wurde festgestellt. Über den Vorfall selbst schwirren außerdem so verschiedene Versionen in der Luft, daß wir uns nur auf Wiedergabe des Gerichtes selbst beschränken und weitere Aufklärung der Sache abwarten wollen.“

Die Post schreibt auf die ihr zugegangene Entgegennahme des Hrn. Dr. Küttner betreffs des Berichts der Post über die von Sozialdemokraten geführte fortgeschrittenliche Versammlung: „Unser Herr Richterstatthalter versichert uns auf das positivste, daß er zu dem Berichte nicht das geringste aus eigener Phantasie hinzugeholt, sondern daß er für jede von ihm berichtete Unterbrechung als wirklich geschehen einstehe.“ Zugleich beruft sie sich zur Bestätigung der Richtigkeit ihrer Berichterstattung auf eine ganz ähnliche in der Neuen Preußischen Zeitung und auf Ausdrücke in gleicher Richtung sogar in der fortgeschrittenen Volkszeitung.

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 7. Febr. Der Geh. Staatsrat Dr. Böllert in Gera befindet sich auf dem Wege der Genesung. — In Weimar hat das Cultusministerium angeordnet, daß auch in den Fortbildungsschulen wie in den Volksschulen alljährlich eine öffentliche Prüfung stattfinden soll; den abgehenden Fortbildungsschülern sollen auch Schulzeugnisse beigelegt werden.

Württemberg. Wie teilten die Röde, welche der Ministerpräsident v. Mittnacht in der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 6. Febr. betreffs des Antrages wegen der Strafgewalt des Reichstages hielt, im Folgenden mit: „Meine Herren! Die Entscheidung darüber, ob das hohe Haus es für geboten oder zweckmäßig hält, über den beim Bundesrat vorliegenden Entwurf eines Reichsgesetzes über die Strafgewalt des Reichstages gegen seine Mitglieder ein Urteil abzugeben, hat die Regierung lediglich dem Ermessens der Kammer selbst zu überlassen, um so mehr, als die Regierung sich nicht in der Lage fühlt, über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen leicht fachliche Mittheilungen zu machen oder Vermuthungen auszusprechen über das mithin mögliche Ergebnis jener Verhandlungen. Der Antrag, durch welchen Sie mit dge Sach befagt und zu so gründlichen und weitausgedehnten Verhandlungen, wie sie weiter in Berlin noch in München stattfinden, verauflacht wurden, ist, was ich mäßigen Vermuthungen einzelner Presseorgane gegenüber bemerkte, von der Regierung weder inspiziert, noch provoziert, noch protestiert. Die Regierung verhielt und verhält sich in dem Vierungs-todgänglich-passiv. Der Herr Antragsteller hat eine stärkere Anerkennung von mir

erwartet. Ich constatiere, daß diese Auseinandersetzung in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 24. Jan. 1873 gemacht wurde und sich bezogen hat auf eine Interpellation in Bezug der Gerichtsorganisation des Deutschen Reiches, namentlich des Festhaltens an den Oberlandesgerichten als höchster Instanz und an dem Geschworenengericht. Selbstverständlich wird die Regierung jeden Beschlüsse der Landesvertretung auch in dieser Sache mit der gehörigen Achtung entgegenzuhalten; ihrem Gesollmächtigsten zum Bundesrat hat sie inzwischen solche Instructionen ertheilt, wie sie dieselben den Interessen des Landes entsprechend erachtet und seinerzeit nach Austrag der Sache vor der Vertretung des Landes verantworten zu können glaubt. Zu dem Inhalt der beiden vorliegenden Anträge möchte ich nur ganz Weniges bemerken. Zu dem Hauptantrage folgendes: Würden ja die in Frage kommenden Artikel der Reichsverfassung durch Reichsgesetz abgeändert, so verurtheilen wir bei der Beschiedenheit mancher maßgebender Verhältnisse doch nicht zuzugeben, daß daran die Abänderung der entsprechenden Bestimmungen des württembergischen Verfassungsgesetzes mit rechtlicher oder thätiger Zwingender Notwendigkeit folgen müßte. Sodann zu dem Antrage auf Tagesordnung. Ohne jetzt irgend Schlüsse zu ziehen, constatiere ich, daß dieser Antrag die maßgebende Entscheidung in den Reichstag legt, daß von den bestehenden Garantien der Redefreiheit nicht gesprochen wird, sondern von einem nicht näher bestimmten nötigen Maße der Redefreiheit, endlich daß von einer ausdrücklichen Erwähnung des Art. 27 der Reichsverfassung Umgang genommen ist. Wenn hervorgehoben würde, daß Veränderungen der Verfassung, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich haben, als abgelehnt gelten, so könnte darin ein besonderer Vortheil der Lage gefunden werden; es ist aber auch die Auffassung möglich, daß hierin eine besondere Schwierigkeit liegt. Die Schriftsteller, welche im Art. 78 der Reichsverfassung einer verhältnismäßig kleinen Minderheit zur Verfügung gestellt ist, ist eine schwerwiegende, und ob von ihr Gebrauch zu machen, verbindet im einzelnen Falle amüslich erwogen zu werden. Wenn im vorliegenden Falle zwischen den Kanzler des Reiches und dem Reichstag, um dessen eigene Sache es sich handelt, nur eine Minorität der Regierungen sich wünscht, wenn sie dem Kanzler und einer Mehrheit der Regierungen gewissermaßen die Thür zum Reichstage verschließen wollte, so hätte diese Minorität jedenfalls auch mit der Eventualität zu rechnen, daß ihre Intervention schließlich ihr wenig verhaut würde auch von solchen, denen die Nichteinbringung der Vorlage im Augenblick als eine nicht unerwünschte Klärung und Vereinfachung der Dinge erscheint. Würde doch seinerzeit ein beschäftigter Kanzler den Vorlage auch von Beguern derselben anerkannt. Stände übrigens der nächste Verlauf sein, welcher er wolle, an der Hoffnung wollen wir festhalten, daß auch in dieser schwierigen und hochwichtigen Frage die erzeugten Wogen sich wieder glätten werden und schließlich über das „nötige Maß“ der Redefreiheit der Reichstagsmitglieder“ Übereinstimmung unter den maßgebenden Faktoren hergestellt werden wird.

Italien.

In Neapel hat am 3. Febr. die erste Vernehmung des Mechelmachers Passanante von Seiten der fünf mit der Untersuchung seines Gemüthsgeklandes beauftragten Professoren Tamburini, Bissi, Verga, Tommasini und Buonomo stattgefunden. An den Verbrecher wurden zahlreiche Fragen gerichtet, welche auf die in seinen schriftlichen Aufzeichnungen entwickelten Theorien Bezug haben. Der Verbrecher verwarf sich gegen die Annahme, daß er unzurechnungsfähig wäre, erklärte aber, wie der Pungolo meldet, zugleich, daß er den König nicht habe tödten wollen.

Frankreich.

* Paris, 8. Febr. Mit Ausnahme der äußersten bonapartistischen Presse findet die Wotschaft des Präsidenten jetzt allgemeine Zustimmung. Die telegraphischen Berichte der Präfecten aus den Departements, wo namentlich die conservative Sprache Grévy's den besten Eindruck gemacht hat, melden dasselbe.

Großbritannien.

+ London, 8. Febr. Über die Aufhebung der Plebiscitklausel des Prager Vertrages äußert sich der Standard, bekanntlich das Organ Lord Beaconsfield's, in sehr bemerkenswerther Weise folgendermaßen: „Für Bismarck hat die Gelegenheit einer vorübergehenden Verhunlung seines Rufes dazu benutzt, die Welt in schlagender Weise daran zu erinnern, daß er der Autor der bedeutendsten territorialen Veränderungen unseres Zeitalters ist, indem er von Österreich die Aufhebung des §. 5 des Prager Vertrages erlangte, welcher sein Dasein der Einigung Napoleon's III. verbandte. Die Bereitswilligkeit Österreichs, dem Verlangen des Fürsten zu entsprechen, kann kein Erstaunen erregen, wirst aber immerhin ein bedeutendes Licht auf die gegenwärtigen Beziehungen der beiden Habs. Wer das Gleichgewicht der Mächte in Europa nicht außer Acht gelassen hat, kann sich kaum darüber wundern, daß es Deutschland darum zu thun ist, daß Österreich auf gutem Fuße zu leben. Auch Bismarck hat in seiner berken Weise offen sein Misstrauen gegen Preußen und sein volles Vertrauen in Österreich fundgehabt. Österreich konnte nicht anders, als diese vertrauensvollen Gesinnungen zu erwideren. Hält die Freiheit Europas und die Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte ist die Erhaltung Österreichs in seiner augenblicklichen Stellung von der größten Wichtigkeit. Europa wird mit Freuden alles begreifen, was dazu beitragen kann, die guten Beziehungen der beiden Staaten zu festigen. Manchem Engländer würde die Aufhebung des Prager Vertragsartikels in einem andern Lichte erscheinen, da sie uns an Ereignisse erinnert, welche unserm Nationalstolz nicht gerade sehr schmeicheln. Der fragliche Artikel ist zwar kein englisches Nachteil, al-lein man erinnert sich doch an die Worte, welche Lord Palmerston im Unterhause gesprochen, Worte, welche Palmerston eine Hölle Englands für den Fall eines Angriffs von außen in Aussicht stellten. Heute fühlt es freilich niemand

mehr ein, zu denken, daß England sich zum Verbündeten der Rechte der Norddeutschwiger machen werde. Für Bismarck muß die Angelegenheit mit seinem eigenen Gewissen und den unverhüllten Deputirten Norddeutschwigs abstimmen. Unter sogenannter Correspontent steht in dem Vorgehen Bismarck's einen Act der Rancune; der Fürst hat bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß er über derlei persönliche Motive nicht erhaben ist. Es ist jedoch mehr als wahrscheinlich, daß er gleichzeitig dem Deutschen Kaiser einen guten Dienst geleistet hat.

Der Berliner Berichterstatter der Morning Post telegraphirt vom 7. Febr., er sei zu der Erfahrung ermächtigt, daß wegen des Verlaufes von Helgoland keine Verhandlungen zwischen England und Deutschland stattgefunden haben.

Die Pall-Mall Gazette läßt sich unter 7. Febr. aus Kopenhagen melden, der dortige Gesandte des Deutschen Reiches, Baron Heydebrand und der Sohn, habe den Befehl erhalten, sofort sein Abberufungsschreiben zu überreichen. (?)

Australien.

Nach einer Mittheilung der Kölnischen Zeitung lautet die Witschrift, welche eine Studentendeputation dem Thronfolger übergeben wollte, um seine Vermittelung für die zur Deportation verurteilten Studenten anzurufen, wie folgt:

Erlauchter Thronfolger Zarwitsch! Die traurigen Ereignisse, welche in Charlottenburg den Anfang nahmen, sollen jetzt mit der Deportirung unserer verhafteten Kollegen nach Sibirien ihren traurigen Abschluß finden. Wir wenden uns, erlauchter Herr, an Deinen Gerechtigkeitsinstinkt und an Deine uns bekannte Milde. Sei bei Deinem erlauchten Vater Fürsprecher unserer gerechten Sache und mildere dadurch die allzu harte Strafe, welche unsern armen Kollegen zuteil werden soll, besonders da dieselben seinem Gerichtshofe gegenübergestanden haben, also nicht auf gesetzlichem, sondern im administrativen Wege bestraft werden. Sollen denn so viele hoffnungsvolle Christen für unser gemeinsames Vaterland verloren gehen, deshalb, weil unsere Kollegen in uneigennütziger Weise für ihre Charlottenburger Kollegen eingestanden sind, deshalb, weil sie den despatischen Universitätsstatuten gegenüber sich als Menschen fühlten und ihre menschlichen Rechte wahren und reklamieren wollten? Wie wollen überzeugt sein, daß Du, erlauchter Zarwitsch, uns Gerechtigkeit wirst widerfahren lassen und nicht zur Schmach vor der ganzen Welt zugeben wilst, daß Australien mit den besten, intelligentesten seiner Söhne die eisigen Neben Sibiriens bevölkerte und die Wölfe seiner Jugend, seinen zukünftigen Stolz dort in den frostigen Gefilden verkümmern läßt. Wir verlangen diese Gerechtigkeit; gewähre sie uns, und wir sind bereit, mit Ausdauer und Opfermut unsern Pflichten nochzukommen, damit wir in Zukunft dem lieben Vaterlande nüchtern sein können.

Wie bereits mitgetheilt, kam es bei Vorlesung dieser Witschrift vor dem Palais des Thronfolgers zu unruhigen Austritten, welche mit der Verhaftung von 300 Personen aus dem Volke und Studenten endete.

— Dem «Bund» schreibt man aus Odessa vom 25. Jan.:

Ein Alarmerugt jogt das anbere, und da das Publikum leider die Entbedingung gemacht hat, daß nicht immer Freiheit der Wahrheit entspricht, was die Regierung über den jeweiligen Stand und über den Fortgang der Epidemie verlautbaren läßt, so schenkt es diesen alarmierenden Gerüchten zu seinem eigenen Schaden viel bereitwilliger Glauben als den beruhigenden Bekündigungen der Regierungsbüro. Und weg wußte es auch am Ende zu sagen, daß man es wirklich immer nur mit hofflosen Alarmberichten zu thun hat, oder ob nicht, wenigstens hinter einem Theile derselben, ein gut Ethik Wahrheit steckt? Da erhält vor zwei Tagen eine der größten höchsten Beutungen ein Privatschreiben aus dem von der Pest am ärgsten heimgesuchten Kreise, d. h. aus dem von Tschotajewo. Dieses Schreiben bringt Details, welche dem Leser die Haare zu Berge stehen lassen, — und doch muß die Redaktion des betreffenden Blattes sich selbst und andern gegenüber jagen, daß es von einer durch und durch ehrwürdigen Person verrichtet, welche absolut kein Interesse davon haben kann, Unwahrheiten in die Welt zu schicken. Natürlich wagt es die Redaktion nicht, den Brief im Blatte selbst abzudrucken, daß sie aber weißt sie um so gesellschaftlicher Sorge, daß sein Inhalt unter der Hand möglichst vielen Personen bekannt werde. In diesem Brief heißt es zuletzt: „Ganz so wie es 1771 zur Zeit der großen Pest in Mostau der Fall war, beschuldigt das Volk auch jetzt wieder die Kerze, welche zum größten Theile Deutjat sind, daß die es vergifteten. Dieser hinnereckliche Glaube hat bereits schauerliche und ungeheuerliche Gewaltacte hervorgerufen. In der Stanja Peischl i. B. hat der Bödel, ausgerichtet von den Großlingen, die in Freiheit gesetzt worden waren, damit sie die Beerdigung der Leichen besorgten — es ist diesem Bödel die volle Begegnung in Aussicht gestellt worden, sobald jeder einzelne eine gewisse Zahl von Leibern verscharrt habe willde — in Peischl also hat der Bödel die Leichen des Dödes massiert. Bergleuten mußten die Unglückslieden noch ein Marterium durchmachen, welches die ältesten Epochen unserer Geschichte ins Gedächtniß rüstt! Die Unglückslieden wurden angesetzt, im Auftrage des Auslandes, «welches den Tod der Russen will», die Duellen und die Brunnen in Peischl vergiftet zu haben. Alten Leichen stach man die Augen aus und sät sie dann mit Knütel tödt. Die gräßlich verfimmelten Leichen wurden durch die Straßen geschleift und schließlich auf je einem jener vierzig behauenen, roh in drei Horben bemalten Balken in die Höhe gezogen, welche in Australien dazu dienen, die Wegentferungen anzugeben. Auch aus andern Ortschaften werden erste Maordinungen und Gewaltthaten gemeldet. Sicherer läßt sich diesbezüglich freilich nicht sagen, denn der Verlebt ist größtentheils unterbrochen oder doch sehr erschwert. Man hört nur erzählen, daß auch ansonderwise das Leben von Kerzen der wütenden Volksmenge zum Opfer gefallen sei. Überall fehlt derselbe Schredensatz wieder: «Man vergiftet uns!

"Man vergisst die Brunnen! Und dieser gräßliche Irrwahn breitet sich mit furchtbarer Schnelligkeit nach allen Richtungen hin aus!"

Königreich Sachsen.

Leipzig. 10. Febr. Am Sonntag Nachmittag ist der Großherzog von Sachsen-Weimar mit Gemahlin, von Weimar kommend, hier eingetroffen und auf der Buirischen Bahn weiter gereist; das großherzogliche Paar begibt sich nach Italien.

Leipzig. 10. Febr. Heute wird in der Gemeinnützigen Gesellschaft Professor Dr. med. Heubner einen Vortrag über einige wichtige Gewerbekrankheiten halten und dabei namentlich auf die für Leipzigs Arbeiter so beachtenswerthe Bleikrankheit und auf die sogenannten Staubbahnkrankheiten näher eingehen. Der Zutritt ist auch Nichtmitgliedern gestattet.

In der am 8. Febr. abgehaltenen Versammlung von Gemeindevertretern aus der Umgegend von Leipzig über den Antrag einer Petition an die Regierung und an den Landtag um Änderung der auf die Gemeindewahlen sich beziehenden Bestimmungen der revidirten Landgemeindeordnung zu richten. Es wurde von mehreren Rednern betont, daß für die sozialdemokratische Partei in Ansehung der Stimmberechtigung die Sachlage in den Landgemeinden viel günstiger sei als in den Städten. In den Städten könne nur wählen, wer das Bürgerrecht erworben habe, während in den Landgemeinden eine solche Beschränkung nicht existire. Der Mangel einer solchen Bestimmung und das Richterfordernis eines Census habe, zum mindesten bezüglich der Unangesehnen, bei der Gemeinderatswahl tatsächlich das allgemeine gleiche Stimmrecht hergestellt, und dieser Umstand trete namentlich in den großen Vorstadtörfern von Leipzig sehr fühlbar hervor.

Die Dresdener Nachrichten schreiben aus Dresden: "Der Landtagsabgeordnete Leutrich auf Deutschenbohra ist hier eingetroffen, um namens der Conservativen des Wahlkreises Döbeln-Leisnig den fröhlichen Staatsminister v. Friesen zu bewegen, ein Reichstagmandat anzunehmen."

Handel und Industrie.

Dem Gewerbeblatt aus Württemberg, herangegeben von der Königlichen Centralstelle für Gewerbe und Handel, redigirt von Dr. Steinbeis, Präsidenten dieser Centralstelle, entnehmen wir folgenden Artikel, der den Industriellen anderer deutscher Länder zur Beachtung empfohlen sein mag: "Mit Befriedigung kann die Wahrnehmung gemacht werden, daß die Benutzung des Marken-, Muster- und Patentchakos seitens der deutschen Industrie in stetem Wachsen begriffen ist, ein sicheres Anzeichen, daß dieselbe kräftig danach strebt, sich von ihren früheren Unselbständigkeit zur Originalität in ihren Leistungen zu entwickeln. Einer der durch das Markenschutzgesetz besonders beeinflußten Industriezweige ist die im Laufe des letzten Jahrzehnts von England nach Deutschland übertragene Fabrikation von Nähmaschinenfabien, bei welcher man durch das Vorurtheil des Publikums sich gezwungen glaubte, in der Wahl der Marken sich an die ausländischen Marken anzulehnen. Das Inkrafttreten des Markenschutzgesetzes hat infolge hieron auf diesem Gebiete zu manchen Prozessen Anlaß gegeben, welche zum Theil viel Staub aufgeworfen haben. Von der Fabrik von E. Ackermann u. Comp. in Heilbronn erfahren wir nun, daß sie wegen einer übrigens als berechtigt anerkannten Kleinlichkeit ihres Fabrikzeichens mit einem erst nach ihnen in Deutschland angemeldeten englischen Fabrikzeichen eine ganz selbständige, neue Marke (Frauenkopf und Schlüssel) für ihre Erzeugnisse angenommen hat. Im Vertrauen auf die probten Qualitäten, die sie liefert, geht die Fabrik von den richtigen Ansicht aus, daß es nicht nötig ist, ein gutes Fabrikat mit fremder Marke zu bezeichnen, daß es vielmehr Ehrensache der deutschen Fabrikanten ist, sein Fabrikat mit eigenem Zeichen und als deutliches deutlich erkennbar in den Handel zu bringen; die Fabrik ist überzeugt, daß dadurch am besten beim Publikum der Glaube an die deutschen Erzeugnisse gehoben und die bis jetzt noch bestehende Vorliebe für die ausländischen Marken nach und nach ausgetilzt wird, und auch wie theilen diese Überzeugung. Bei der großen Beliebtheit der englischen Marken, welche durch die Länge der Zeit jedem Kaufmann, ja jeder Haushalt bekannt und gewohnt sind, ist es allerdings keine kleine Aufgabe, eine neue Marke in Aufnahme zu bringen. Wir können daher nicht umhin, dieses lobenswerthe, der einheimischen Industrie zur Ehre gereichende Vorgehen der Herren E. Ackermann u. Comp. hierdurch läudend hervorzuheben, mit dem Wunsche, daß ihm besonders seitens des Publikums allseitige Unterstützung zuteil werden möge."

Über die am 8. Febr. in Berlin abgehaltene Konferenz von Delegirten der auf dem Boden der bisherigen Handelspolitik des Reiches stehenden Handelskörpern, zu welcher die Einladung von den Reitern der Berliner Kaufmannschaft und von den Handelskammern zu Frankfurt a. M., Hamburg und Leipzig ergangen war, ging dem Leipziger Tageblatt folgendes Telegramm zu: "Deutschland plädiert für eine verhältnißliche Haltung, jedoch für unbedingte Aufrechterhaltung der bisherigen Richtung der deutschen Zollpolitik. Sämtliche 19 Redner erklärt sich in gleichem Sinne und beleuchteten die verderbliche Wirkung einer Umkehr der Zollpolitik auf die einzelnen Hauptartikel. Durchfuhr- und Ausfuhrzölle werden für unzulässig erklärt."

— Von dem am 20. Nov. in Berlin begründeten Centralverein für Handelsgéographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande, der die Aufgabe hat, einen regen Verkehr zwischen den im Auslande lebenden Deutschen und dem Mutterlande anzubahnen

und zu unterhalten, sowie über die Natur- und die gesellschaftlichen Verhältnisse der Länder, wo Deutsch ausgebreitet sind, Aufklärung zu gewinnen und zu verbreiten, besteht seit dem 4. Jan. 1879 in Leipzig ein Zweigverein, der zur Behebung an seinen Zwecken auffordert. Der Jahresbeitrag ist auf mindestens 6 M. festgestellt. Für jedes Mitglied zahlt der Zweigverein 3 M. an den Centralverein in Berlin. Unterzeichnet ist die Einladung von den Herren C. Hass (zur Zeit erstem Vorstande), H. Schnoor, in Firma Schnoor u. Franke (zur Zeit zweitem Vorstande), Dr. R. Andree, Dr. C. Jung, Dr. Kunze, M. Oberländer, Dr. Pechuel-Lösch, Dr. Löppen, J. Wagner, in Firma Tressy u. Sohn.

Bei der großen Wichtigkeit, welche alle Vorrichtungen für die Unvergleichlichkeit des Schließens an Thüren, Schränken, Kästen und Kisten haben, glauben wir auf eine neue und zwar, was besonders erschlich, deutsche Erfindung dieser Art hinweisen zu sollen. Dr. H. H. Löffler in Frankfurt a. M. empfiehlt die von ihm erprobten patentierten Sicherheitsvorhängeschlösser, welche sich überdies durch große Wohlseinheit (1 M. das Stück) auszeichnen. Wie Dr. Löffler versichert, kann "ein Schloss der Welt dieses Schloss öffnen", während es sich dem Besitzer leicht und bequem auf die bloße Einführung eines ausgehauenen Zapfens erleichtert. Dieser Zapfen wird in so vielen Variationen angefertigt, daß jedes einzelne Schloß seinen eigens geformten Schließzapfen erhält. Auch ist das Schloß in verschiedenen Größen zu haben, die jedem möglichen Bedürfnisse angepaßt werden können.

Hamburg. 6. Febr. Laut Telegramm sind die ham-

burger Postdampfschiffe: Leipzig, am 22. Jan. von

Hamburg und am 25. Jan. von Havre abgegangen; am

5. Febr. 5 Uhr nachmittags wohlbehalten in New York an-

gekommen; Wieland, am 29. Jan. von Hamburg abge-

gangen, am 31. Jan. in Havre eingetroffen und von dort

am 1. Febr. nachmittags nach New York weiter gegangen;

Herber, am 23. Jan. von Newport abgegangen, ist nach

einer Reise von 10 Tagen 12 Stunden am 3. Febr. 2 Uhr

nachmittags in Plymouth angekommen, hat in der Nacht

vom 3. zum 4. Febr. Cherbourg passiert und ist am 6. Febr.

in Hamburg eingetroffen; das Schiff brachte 39 Passagiere,

78 Briefstücke, volle Ladung und 93000 Doll. Contanten.

Alemannia, am 10. Jan. von Hamburg und 16. Jan. von

Havre nach Westindien abgegangen, ist am 31. Jan. in

Saint-Thomas angekommen; Vandalia, auf der Rückreise von Westindien nach Hamburg am 15. Jan. von Saint-

Thomas abgegangen, traf am 1. Febr. in Plymouth, am

2. Febr. in Havre und am 6. Febr. in Hamburg ein. Auf

der Heimreise von Brasilien nach Hamburg sind: Bahia,

am 3. Febr. in Hamburg angekommen; Salvador, am

18. Jan. von Bahia abgegangen, am 2. Febr. in Lisabon

angekommen und am 3. Febr. nach Hamburg weiter ge-

gangen; Santos, am 31. Jan. von Bahia nach Hamburg in See gegangen. Rio, am 25. Dec. von Hamburg und

am 5. Jan. von Bordeaux nach dem La-Plata abgegangen; Hamburg, wurde am 1. Febr. von Hamburg via Lissabon nach dem

La-Plata expediert und ging am 2. Febr. von Tuxhaven

in See.

Bremen. 8. Febr. Petroleum rubig. (Schlußbericht.)

Standard white loco 9,25, per März 9,30, per April 9,35,

per Mai 9,45, per August-December 10,20.

* **Antwerpen.** 8. Febr. Petroleumsmarkt. (Schlußbericht.) Rossineries, Type weiß, loco 23 1/2, bez. u. Dr. per

März 23 1/2 Br., per April 23 1/2 Br., per September-De-

cember 26 Br. Matt.

Glasgow. 8. Febr. Die Vorräthe von Roheisen in

den Stores belaufen sich auf 208300 Tonnen gegen 170700

Tonnen im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen 86 gegen 88 im vorigen Jahre.

* **Liverpool.** 8. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Hdt. Middlem' americanische März-April-Lieferung 5 1/2, Mai-Juni-Lieferung 5 1/2, D.

Wöchentlich.

* **Berlin.** 10. Febr. 12 Uhr 5 Min. Eröffnungscurs.

Dest. Creditact. 389,50, Ost.-Franz. Staatsb. 424,—, Ost.

Silbbahn (Lomb.) 113,—, Berg. Märl. 77,—, Köln-Mün-

derer 103,25, Galiz. Karl-Ludwigsb. 94,75, Rhein. 106,—,

Rumän. 28,50, Disconto-Comm. 126,40, Königs- und

Laurahütte 65,75, Ost. Lote v. 1860 109,— do. Goldrente

64,75, do. Silberrente 54,25, do. Papierrente 53,50,

Russ. Anl. v. 1877 83,60, do. Banku. 195,— Deutsche

B.—, Ung. Goldrente 71,40, Tendenz: schwach.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm.

Dest. Creditact. 216,90, Ost.-Franz. Staatsbahnact. 243,70,

Dest. Silbbahn (Lomb.) 65,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 217,70,

Dest. Goldrente 74,90, Deutsche Marknoten —, —, —,

Rapoleonsb'or 9,33 1/2, Tendenz: Arbitrageverläufe.

* **Berlin.** 8. Febr. 2 Uhr 55 Min. Sonds. Deutsche

Reichsanleihe 96,80, 4 1/2 proc. preuß. consol. Anl. 104,90,

Prag. sächs. Rente 72,90, Öster. Lote 108,80, do. Papierrente —, do. Silberrente 54,50, do. Goldrente

64,50, Ungar. Goldrente 71,40, russ. consol. sproc. Anleihe

v. 1877 83,90, do. Prämienanleihe 140,50.

Banknoten. Allg. Deutsche Creditanst. 110,75, Chemn.

Bank. 75,50, Darmst. Bl. 113,40, Deutsche Bl. 98,75,

Deutsche Reichsb. 152,75, Disconto-Comm. 126,80, Dresd.

Bl. 102,—, Gerat. Bl. 75,40, do. Handels- u. Creditanst.

49,50, Gothaer Bank 86,—, Leipziger Discontoges. 67,75,

Meiningen Creditanst. 71,75, Sach. Bl. 102,—, Södth. Bank.

Bl. 24,—, Thür. Bl. 74,—, Weimar. Bl. 32,50. — Dest. Creditanst. 388,50.

Industrieaktionen. Gelsenkirchen 91,90, Königs- u. Laurahütte 65,75.

Eisenbahnaktionen. Aussig-Teplice 139,50, Berlin-Potsd.

Magdeb. 78,25, Berlin-Stettin 93,75, Bresl.-Schweidn.

Freib. 63,40, Halle-Sorau-Guben 15,40, Magdeb.-Halberst.

118,75, Mainz-Ludwigsh. 66,50, Oberholz. La. A 120,10,

Dest. Nordwestb. 191,—, Prag-Turnauer 36,60, Rumänier

Stammact. 28,60, do. Stammprior. 84,—, Thür. 110,10,

Weimar-Gera Stammact. 32,75,— Berg. Märl. 78,75,

Berlin-Kuh. 87,25, Köln-Mind. 103,—, Galiz. Karl-Ludw.

94,75, Franzosen 424,—, Lomb. 113,50, Rhein. 106,10,

Sorben. Napoleonb'or 16,17, Dest. Banknoten 173,50,

Russ. Banku. 194,25, Dest. Silbergulden 173,20.

Wechsel. Amsterdam l. S. 169,—, do. 2 M. 168,10,

Belg. Bankpl. 10 Tage 81,05, do. 2 Mon. 80,65, London

für 20,45, do. 3 Mon. 20,32, Paris l. S. 81,—, Petersburg l. S. 193,20, do. 3 M. 192,20, Warschau l. S. 193,80, Wien l. S. 173,30, do. 2 M. 172,30.

* **Frankfurt a. M.** 8. Febr. Schlußcurse: Londoner Wechsel 20,420, Wiener Wechsel 173,50, Sproc. Sächsische Rente 72 1/2, Ost. Papierrente 53 1/2, do. Silberrente 54 1/2, Staatsb. 912, Kom. 55 1/2, Goldrente 64 1/2, Ost. Creditact. 194, 1860er Lote 109 1/2, Frank. 525, Lomb. 138 1/2, Ital. Rente 74 1/2, 1877er Russen 83 1/2, Vereins 121, Laurahütte 64 1/2, Commerz. 101 1/2, Norddeutsch. 136 1/2, Intern. Bl. 84, Amerik. 96 1/2, Köln-R. 103.

* **Hamburg.** 8. Febr. Silberrente 64 1/2, Goldrente 64 1/2, Creditact. 194, 1860er Lote 109 1/2, Frank. 525, Lomb. 138 1/2, Ital. Rente 74 1/2, 1877er Russen 83 1/2, Vereins 121, Laurahütte 64 1/2, Commerz. 101 1/2, Norddeutsch. 136 1/2, Intern. Bl. 84, Amerik. 96 1/2, Köln-R. 103.

Leipziger Börse.

10. Febr.

Wechsel.

	Berlin-Stettin v. 200 n. 100 p. 4	Prv. 22 Zins-Term.	94,25 G	I. D.	Inl. Eisenb.-Prier.-Obh. %	Zins-Term.	
Bohmische Nordbahn Altona-B.4	0	1/1	14,50 G		Altenburg-Zeitz & 100 p. 4	2/1, 1/7	
Bresl.-Schweden-Freib. 200 p. 4	2/1	do.	—		Alicona-Kieler v. 500 u. 100 p. 4	2/1, 1/7	
Buschthiadr. Lit. A. & 5200 f. 4	0	do.	30,50 ba & B		Aschersberg-Weipert & 100 p. 4	do.	
do. Lit. B. & 2000 f. 4	0	do.	13,90 ba & B		zurückgezahlt M. 224 per Stück	7,35 B	
Chemnitz-Wirschnitz & 100 p. 4	161/2	1/1, 1/7	132 G		Berlin-Anhalt v. 500 n. 100 p. 4	do.	
Cottbus-Grossenhain & 100 p. 4	0	1/1	94,50 G		do. Lit. A. v. 500 n. 100 p. 4	101 B	
Gallia-Carl-Ludwig & 2000 f. 4	98/2	1/1, 1/7	94,50 G		do. - B. 500 n. 100 p. 4	100 B	
Görlitz-Gersdorff & 100 p. 4	4	1/1	91,75 G		do. - C. 5000-5000 p. 4	2/1, 2/7	
Gras-Königshofen Em. I. 4	0	do.	—		(Oberlausitz) 1500-300 p. 4	1/1, 1/7	
Halle-Sorau-Guben & 100 p. 4	0	do.	15,40 G		Berlin-Hamburges v. 1000-100 p. 5	100,10 G	
Köln-Minden & 200 p. 4	5	do.	103,75 G		Berl.-Potsdam-Magdeb. v. 1000-100 p. 4	100,50 G	
Magdeburg-Halberst. & 100 p. 4	8	1/1	118 G		do.	99,70 G	
Mainz-Ludwigsh. & 250 f. 4	5	1/1, 1/7	66,75 B		Bresl.-Schweden-Altehr. 1868-500 p. 4	97 G	
Oberschl. Lit. A. C.D.M. 1000 p. 4	81/2	do.	113,50 G		do. Lit. N. 3000,600,300 p. 4	95,50 G	
O. & 2000 f. 4	81/2	do.	—		do. 1/1, 1/10	102,50 G	
B. & 100 p. gar. 31/2	81/2	do.	—		Chemnitz-Wirschnitz & 100 p. 4	95 B	
Oest.-Franz.-Staatsb. & 500 f. 4	6	do.	—		Cottbus-Grossenhain & 100 p. 4	102,75 B	
Prag-Turnau 200 f. 4	3	1/1	34,50 G		do. Lit. B. 500,1000 p. 5	101,50 G	
Rechts-Oder-Ufer & 200 p. 4	61/2	do.	—		Köln-Mind.S.V.I.L.B. 500,100 p. 4	14, 1/10	
do. C. (Oder-Eich.) 41/2	41/2	do.	106 G		Leips.-Dresd.-Prest.-Obh. v. 100 n. 100 p. 4	16, 1/12	
Weimar-Gera & 100 p. 4	7	do.	—		do. Anl. v. 1854 & 100 p. 4	98,50 G	
do. Lit. A. & 250 p. gar. 4	4	1/4, 1/10	98,50 G		do. - 1860 & 100 p. 4	97,50 G	
Rumanische & 100 p. 4	2	1/1	—		do. - 1866,500 u. 100 p. 4	97,35 G	
Rumänische & 100 p. 4	2	1/1	32,35 G		do. - 500 n. 100 p. 4	102,50 B	
Rumänische & 100 p. 4	2	1/1	—		Magn.-Lipz.-Pr.-G. Magdeb. Hibret	89,25 B	
Rud.-Oester.(Lombard.) 5000 f. 4	0	1/1, 1/11	—		Klaub.-G.L.A.v. 3000,1500,1000,300 p. 4	2/1, 1/7	
Thür. Lit. A. & 100 p. 4	73/2	1/1	110,75 ba & G		do. 91,90 G k. 191,30 G	102 B	
do. E.-Gotha-Linf.-gar. 4	4	do.	90,70 G		Magdeburg-Halberstädter & 100 p. 4	104,10 G	
do. C. (Oder-Eich.) 41/2	41/2	do.	161 G		do. II. Em. v. 1000-100 p. 4	101,30 G	
Weimar-Gera & 100 p. 4	4	do.	—		do. III. - 1000-100 p. 4	101,70 G	
(4 1/2 % gar. bis 1866) 41/2	41/2	do.	—		do. - 1000-100 p. 4	99,75 G	
Eisenbahn-St.-Pr.-Action.							
Altenburg-Zeitz & 100 p. 4	5	1/1	94,50 B		Mains.-Ludwighafen & 100 p. 4	97,20 G	
Chemnitz-Aus-Adorf & 200 p. Zurück-	0	do.	—		do. v. 1875/75v. 1000-500 p. 4	102,50 B 78er:	
gesahlt 14% p. bar foo. 0	0	do.	39,50 G		Obereichelsche Lit. D. v. 1000-100 p. 4	93,80 G k. 102,50 B	
Cottbus-Grossenhain & 200 p. 4	5	do.	78,75 G		R. Oderuferb. & 5000,1000,500 p. 4	100,80 G	
Gera-Plauen & 200 p. Zurückges.	0	do.	21,75 G		Rheinische v. 1877 - 3000-60 p. 5	104 G	
Halle-Sorau-Guben & 200 p. 5	0	do.	45,50 G		Saalebahn Pr. 1000, 500 M. gar. 41/2	101,10 G	
Kohlfurt-Parkenberg & 200 p. 4	0	do.	19 G		Schleswig. abg. v. A.-K. v. 1000-100 p. 4	100,25 G	
Leipzig-Gaschwitz-Messeln. & 200 p. 4	31/2	do.	36,50 G		Thüringische I. Em. v. 1000-100 p. 4	95,50 B	
Magdeburg-Halberst. & 100 p. 4	31/2	do.	76,25 B		do. II. - 500-100 p. 4	101,30 G	
Mains.-Ludwighafen & 200 p. 4	31/2	do.	82,75 G		do. III. - 500-100 p. 4	95,50 B	
Weimar-Gera & 100 p. 4	0	do.	15,50 G		do. IV. - 500-100 p. 4	101 G	
Zwickau-Lengen.-Falkenst. Zu- rückgesahlt & 140 p. Stück	0	do.	M 15 B		do. V. - 500-100 p. 4	101 G	
rückgesahlt & 140 p. Stück	0	do.	—		do. VI. - 500-100 p. 4	101,30 bnd. B	
Bank- u. Credit-Action.						Werrabahn v. 500-100 p. 4	90 G
Allg. D. Cr.-A. u. Leips. & 100 p. 4	53/2	1/1	111,35 ba & G				
Berl.-Disc.-Ges. & 200 p. 4	5	do.	126,50 G				
Chemnitz-Bk.-Verch. & 100 p. 4	53/2	do.	73,35 B				
Coburger Crd. Ges. & 100 p. 4	5	do.	—				
Darmstädter Bank & 250 f. 4	53/2	1/1, 1/7	112,50 G				
Deutsche Bank & 200 p. 4	6	1/1	99 G				
do. Bf. Wechselbank	0	do.	—				
(v.La.H.) 40% K. 100 p. 4	53/2	do.	116 B				
do. v. 100-25 p. 4	2	do.	—				
do. - 500 p. 4	2	do.	102 G				
do. - 100-25 p. 4	4	do.	78,40 G				
do. - 2000-500 p. 4	4	do.	49 G				
do. - 100-250 p. 4	4	do.	85,50 G				
Leipziger Bank & 250 p. 4	3	1/1, 1/9	105 G				
do. Kassen-Verein & 100 p. 4	1/1	do.	96,50 G				
do. Disconto-Ges. & 100 p. 4	0	do.	68 G				
do. Vereinsbank & 200 p. Zu- rückgesahlt 550 p. per Stück	0	do.	M 20 G				
do. Wechsler-Bank & 200 p. Zurückgesahlt & 240 p. Stück	0	do.	46,25 B				
Meiningen Crd.-Anst. & 100 p. 4	2	1/1, 1/7	72 B				
Oesterr.-Cr.-Bk. & 150 f. P. Pr. St. 4	53/2	do.	44,25 G				
do. do. ultimo 4	0	do.	—				
Reichsbank-Antiz. & 3000 f. 4	6	1/1, 1/7	182,30 G				
Sachsenb. Bank & 200 p. 4	2	1/1	182,50 G				
do. do. Credithanahalt 500 p. 4	1/1	do.	182,50 G				
Stadtbanken. Bk.-Ver. & 200 p. fr.	0	do.	—				
Thüringer Bank & 200 p. fr.	0	do.	18,50 G				
Wettinerische Bank & 100 p. 4	0	do.	32,75 G				
Zwickauer Bank & 100 p. 4	8	do.	—				
* In Liquidation befindlich.							
Industrie-Act. Prioritäten							
a) Stamm-Prier. %							
Chamn.A.-Spanner & 211, p. 24	1/1	1/1	122 G				
do. Warka-Masch.-Fabrik							
Zimmermann & 100 p. 4	0	1/7	20,50 G				
Gröller. Papierf. v. Halle & 200 p. 4	0	do.	21,25 G				
D.W.M.F. Sonderm. & Stigmar 100	0	do.	10,75 G				
Gohliser Act.-Birzcr. & 100 p. 4	0	1/10	108 G				
do. do. Pr. M. 500, 100	5	1/4, 1/10	99 R				
Holzenf.-Papierf. Niederschlesien							
M. 300 p. 4	12	1/1	115 B				
Katt.-Sohl.-Sch.-A. d.O.-E. 100 p. 4	73/2	do.	105,50 G				
Leips. Baubank & 100 p. 4	0	do.	44,50 G				
do. Fener-Vera.-A. & 1000 p. 4	0	do.	—				
do. do. Fr. St. 100 p. 4	20	do.	280 B				
do. do. Fr. I. 100 p. 5	5	1/4, 1/10	102,25 B				
do. do. II. 100 p. 5	5	1/1, 1/7	101,50 G				
do. do. III. 100 p. 5	1	1/1	42 B				
do. do. IV. 100 p. 5	1	1/1	—				
do. do. V. 100 p. 5	1	1/1	—				

